Friedrich-Martin Balzer

1948/49
Jahre der Entscheidung

Wie Erwin Eckert
um Deutschlands Zukunft kämpfte

pad

Friedrich-Martin Balzer

1948 / 49
Jahre der Entscheidung

Wie Erwin Eckert
um Deutschlands Zukunft kämpfte

pad

Schriftenreihe des Forum Gesellschaft & Politik e.V.
Redaktion: Peter Rath-Sangkhakorn

Titelfoto: Erwin Eckert

Silvia Holz-Markun zu ihrem 80. Geburtstag
am 11. Mai 2018 in Dankbarkeit und Freundschaft gewidmet.

© pad-Verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen
Bergkamen 2018
Printed in Germany
ISBN 978-3-88515-293-4

Inhalt

Wie Erwin Eckert um Deutschlands Zukunft kämpfte *5*

Kurzer Blick auf die Jahre 1945/46 *6*

Debatte um die Badische Landesverfassung *7*

Neubeginn oder Restauration?
Die Debatten im Badischen Landtag 1948 *14*

Umbenennung der KPD
in Sozialistische Volkspartei Deutschlands *16*

Krieg oder Frieden? *17*

Währungsreform *19*

Segnungen der sozialen Marktwirtschaft *20*

Die Debatten im Badischen Landtag 1949 *22*

Die Aussprache über das Grundgesetz im Badischen Landtag *22*

Ausklang *27*

Erwin Eckert / Kurzbiographie *34*

Heinrich Hannover: Über Erwin Eckert *38*

Chronologie *40*

“Vorwärts zur neuen Demokratie“ / Rede von Erwin Eckert
am 24. Mai 1946 auf dem Mannheimer Marktplatz *46*

Über den Autor *63*

1948/49 - Jahre der Entscheidung
Wie Erwin Eckert um Deutschlands Zukunft kämpfte[1]

Über die „Jahrhundertgestalt“, Erwin Eckert, wie die *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz*[2] anlässlich seines 100. Geburtstages schrieb, liegen zahlreiche Publikationen[3] vor. Zu Lebzeiten musste jedoch Eckert erleben, dass sein eigenes Werk – nicht nur von seinen Gegnern – entstellt, missdeutet, totgeschwiegen wurde. Die halbherzige Selbstrehabilitierung der Badischen Kirchenleitung von 1999 in Sachen Eckert blieb ihm erspart.[4] Die meisten Publikationen erschienen erst nach seinem Tod 1972. Bis heute gilt gleichwohl, dass Eckert – auch unter den Linken – nicht den Platz in der Geschichte einnimmt, der ihm gebührt.

---

1 Vorliegender Text wurde auf Einladung des Erwin-Eckert-Forums in Mannheim unter Federführung von Fritz Reidenbach am 15. Juni 2018 aus Anlaß des 125. Geburtstages von Erwin Eckert vorgetragen. Der Beitrag ist Silvia Holz-Markun zum 80. Geburtstag am 11. Mai 2018 gewidmet. Ich danke Matin Baraki, Heidrun Behrens, Peter Böcher, Heinrich Hannover, Matthias Heitmann, Dieter Kloszowski, Dieter Kraft, Ekkehard Lieberam, Gert Meyer, Herbert Münchow, Jörg Roesler, Hans See, Arnold Schölzel und last but not least Manfred Weißbecker für Zuspruch, Kritik und Hilfe bei der Erarbeitung.

2 Hartmut Rüdiger Peter, in: I*nternationale Wissenschaftliche Korrespondenz* (IWK) Nr. 2, 1994, S. 312f.

3 Den umfassendsten Überblick über Primär- und Sekundärliteratur zu Erwin Eckert liefert das Biographisch-Bibliographische Kirchenlexikon (BBLK) des Bautz-Verlages in Nordhausen.

4 Siehe Friedrich-Martin Balzer, „Auf beiden Augen blind – immer noch“. Zur Erklärung der Badischen Landeskirche“. In: ders. „Prüfet alles, das Gute behaltet“. Auf Spurensuche u.a. nach Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge. Mit einem Geleitwort von Hans Heinz Holz und einem Beitrag von Manfred Gailus, Bonn 2010, S. 92-94. Nach der Befreiung stellte Willy Grimm als Vorsitzender der KPD Bezirk Nordbaden am 31. Mai 1946 an die amerikanische Militärregierung – mit der Bitte um Weiterleitung an den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe – den Antrag, Pfarrer Eckert wieder in sein Amt einzusetzen. Der aber blieb ohne Echo. Pfarrer, die NSDAP-Mitglieder oder „Deutsche Christen“ gewesen waren, wurden im Amt belassen und erhielten ihre Pensionen. Eine kirchenrechtliche Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Eckert steht bis heute aus.

Am Vorabend seines 125. Geburtstages, soll erstmals seine Tätigkeit nach 1945 als Abgeordneter des Badischen Landtages vorgestellt und gewürdigt werden[5]. Sie werden Zeugen einer Premiere sein, und ich bitte um Geduld und Verständnis, dass dabei die Aussagen Eckerts ganz im Mittelpunkt stehen.

Wie rang Eckert, der sich selbst als Christ, als Antifaschist, als Kommunist verstand, um soziale Gerechtigkeit und eine Demokratie, die zugleich Wege ermöglicht hin zu einer sozialistischen Gesellschaft? Was dachte er in den Zeiten des beginnenden Kalten Krieges über die Versuche, die Prinzipien der Antihitler-Koalition endgültig über Bord zu werfen und furchtbare Fronten gegen Russland zu schaffen?

Kurzer Blick auf die Jahre 1945/46

Dieser Rückblick beginnt mit den Jahren, nachdem der Faschismus besiegt und Eckert sich aus jahrelanger Einkerkerung befreit sehen konnte. Er spielte sogleich eine führende Rolle beim Zusammenschluss aller antifaschistischen Kräfte im Bodenseegebiet. Die Bewegung trat unter dem Namen „Das Neue Deutschland. Antifaschistische Bewegung für demokratischen Aufbau“ mit einem von ihm vorgelegten Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit. Mit der endgültigen Zulassung von Parteien in der französischen Zone am 15. Januar 1946 veränderte sich die Situation der antifaschistischen Bewegung, was sich sogleich darin zeigte, dass das christlich-soziale Präsidiumsmitglied Hoffmann sein Amt innerhalb des „Neuen Deutschland“ niederlegte.

In Rückbesinnung auf marxistisches Denken und wegen der bitteren Erfahrungen mit der Spaltung der Bewegung in zwei sich befehdende Parteien der Weimarer Periode herrschte bei Ecket und großen Teilen

5 Zum Gegenstand dieses Vortrages siehe: Jürgen Scheele, Erwin Eckert: Exponent eines „Neuen Deutschland“- In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert. Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben. Mit Beiträgen von Hans-Werner Bartsch, Frank Deppe, Walter Ebert, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Georg Fülberth, Günter Giesenfeld, Hans Heinz Holz, Wolfgang Langhoff, Hanfried Müller, Helmut Ridder, Jürgen Scheele, Marie Veit, Manfred Weißbecker, Gert Wendelborn, Bonn 1993, DS. 288-307. Ausgewählte Reden und Texte Erwin Eckerts nach 1945 sind ab 16. Juni 2018 auf der Homepage www.friedrich-martin-balzer.de Archiv/Eckert im Volltext nachlesbar.

der Arbeiterbewegung der Wille vor, „auf die Wiederherstellung der alten Parteien zu verzichten und eine einheitliche sozialistische Partei anzustreben“.[6]

Auf dem ersten Landesparteitag der KP Südbadens am 30./31. März 1946 wurde Eckert als Wortführer der Einheitsbestrebungen von KP und SP einstimmig zum Vorsitzenden der KP Badens gewählt, eine Funktion, die er bis 1950 innehielt.[7] Das „Einheitsorgan der beiden Parteien“, herausgegeben vom „Aktionsausschuss der SP, KP und der Gewerkschaften“, fußend auf der Vereinbarung der Landesvorstände beider Parteien in der französischen Zone Baden vom 7. März 1946, einen Ausschuss zu bilden „zur Beratung aller wichtigen Fragen des Aufbaus einer neuen Demokratie und zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien, die die Voraussetzung ist für den Sieg des Sozialismus“[8], wurde verboten. Der SP-Landesvorstand geriet unter verstärkten Druck von Seiten der antikommunistischen SPD-Zentrale in Hannover. Ihr Leiter Kurt Schumacher widersetzte sich vehement den Einheitsbestrebungen der KPD und eines großen Teils der eigenen Mitglieder und beschimpfte die Kommunisten als „rotlackierte Nazis“.

Debatte um die Badische Landesverfassung

Noch existierte die von der französischen Besatzungsmacht installierte Allparteienregierung, in der Eckert als Staatskommissar für den Wiederaufbau bis Juli 1947 Kabinettsmitglied war und im Landtag die Funktion eines Vizepräsidenten wahrnahm. Hier schlug er in der Debatte um

6 Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1964, S. 70.

7 Zu seiner Ablösung siehe Georg Fülberth, Gab es einen „Fall Eckert“ in der KPD? In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. a.a.O, S. 337-342.

8 Siehe Karl Bittel, Die Bewegung zur Aktionseinheit und Einheitspartei in Südbaden 1945/1946, in: Unsere Zeit. Beiträge zur Geschichte nach 1945, 2/1961, S. 174. Der Aufruf war unterzeichnet u.a. von Erwin Eckert, Gerhard Wohlrath, Dr. Karl Bittel und Rudi Goguel; siehe auch Gert Meyer, Einigungsbestrebungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Südbaden nach 1945, in: Heiko Haumann (Hrsg.), Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden, Köln 1977, S. 176-197.

die Landesverfassung Badens, theologisch[9] und marxistisch[10] gut begründet, den Verzicht auf alle religiösen und christlichen Formulierungen in der Präambel vor. Es sei „abenteuerlich“, „Gott zum Schutzherrn für diesen Kompromiss“ anzurufen. Der Name Gottes sei schon so oft in Präambeln „missbraucht“ worden, und seine Anrufung verbiete sich insbesondere „nach den Erfahrungen, die wir mit der Anrufung Gottes durch Hitler und seine Verbrecherclique gemacht haben“[11]. Der Gottesbezug in der Verfassung sei im Übrigen ein „eindeutiger Verstoß gegen die in der Verfassung gewährleistete Glaubens- und Gewissensfreiheit“[12]. Außerdem diene eine Verfassung unter Anrufung Gottes ideologisch nur zu dem „Ziel der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihrer Eigentumsverhältnisse“[13].

Er war überzeugt, „dass es für unser Volk nur den einen Ausweg aus seiner gegenwärtigen furchtbaren Not gibt, der über eine wahre Demokratie zum Sozialismus führt.“[14] *Unter Bravorufen und Klatschen links* erklärte Eckert: „wenn die Geschichte der Menschheit einen Sinn haben soll, wenn einmal Gerechtigkeit, Friede und menschenwürdiges Dasein für alle Wirklichkeit werden sollen“, müsse der „Kampf um die sozialistische Ordnung siegreich zu Ende geführt werden“.[15] Wie er sich Wege zu diesem Ziel vorstellte, ist auch für uns heute außerordentlich aufschlussreich.

Auch aus eigener bitterer Erfahrung blickte Eckert mit Verachtung auf den Stand des deutschen Juristen: „Wir kennen sie, die Herren Richter und Staatsanwälte der Volks- und Sondergerichte in den schwarzen und

---

9 Siehe Hildburg Bethke, Eid-Gewissen-Treupflicht. Mit Beiträge von Helmut Gollwitzer und Fritz Bauer, Frankfurt/Main 1965. In der Aussprache des Badischen Landtages vom 18. Mai 1949 bezeichnete Eckert den „Gottesbezug“ in der Präambel des Grundgesetzes für das Provisorium des westdeutschen Separatstaates schlicht als „lachhaft“. Er grenze an „Gotteslästerung“ (Verhandlungen des Badischen Landtages, 13. Sitzung vom 18.5.1949, S.14.).

10 Siehe Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Paris 1968, deutsche Übersetzung in facit, Zeitschrift marxistischer Studenten, Nr. 22/23, Februar 1971, S. 43-56.

11 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden, 12. Sitzung vom 11. April 1947, S. 13.

12 Ebenda.

13 Ebenda.

14 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden, 12. Sitzung vom 11. April 1947, S. 13.

15 Ebenda.

roten Talaren, die goldenen und silbernen Hoheitsabzeichen des Dritten Reiches auf der Brust. Wir haben als erste ihre Gerechtigkeit und ihre Menschlichkeit erlebt. Wir sehen sie an den breiten Tischen sitzen ungerührt, überheblich, zynisch und Todesurteile über Todesurteile fällen, 1.000 Jahre Gefängnis und Zuchthaus für ihre politischen Gegner. Wir sehen die deutschen Juristen, die als angeblich wahrhaftige und unbestechliche Vertreter der Gerechtigkeit die Gesetze des Dritten Reiches entwarfen und durchführten, nach denen ganze Völker [...] streng legal ausgelöscht, Millionen Juden in Deutschland umgebracht, sterilisiert und um Hab und Gut gebracht wurden, unzählige aufrechte, für höhere Ideale begeisterte Männer und Frauen in äußerste Not und in letztes Elend hinausgejagt wurden. Wir wissen, dass sie lange vorher schon die Vorbereitung, die Aufrichtung, die Durchführung und die Aufrechterhaltung der Hitlerdiktatur mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützten und sich wie Sklaven vor der Peitsche unter die Nazidiktatur beugten."[16]

Es sei hohe Zeit, „dass an die Stelle der Rechtswillkür und der Rechtsbeugung der letzten zwölf Jahre, ja, der letzten Jahrzehnte, eine Rechtsprechung" trete, „zu der unser Volk wieder Vertrauen gewinnt."[17] Es handele sich beim Recht „um das in Gesetzen niedergelegte verfasste Recht und seine Durchführung, das von den jeweils in einer Zeitepoche wirtschaftlich und damit politisch Mächtigen zur Sicherung ihrer Herrschaft, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Vorrechte der herrschenden Schicht, zur bindenden Norm für alle gemacht wird."[18]

Am deutlichsten werde das in den Zeiten erkennbar, „in denen die Herrschaftsverhältnisse eindeutig waren, in denen eine Klasse die vollständige wirtschaftliche und politische Macht in ihren Händen hielt oder zu haben glaubte. Das war z.B. im Zeitalter des unumschränkten feudalistischen Absolutismus so, dessen Justiz unter dem Motto stand *suprema lex voluntas regum*, und [...] unter der Diktatur des Hitlerregimes, die es der, wie sie glaubte, endgültig zur Herrschaft gelangten bürgerlich-kapitalistischen Klasse zu erlauben schien, jede Rücksicht auf das, was man Gerechtigkeit nennt, fallen zu lassen, um den politischen Exponenten ihrer unumschränkten Macht, ihren ‚Führer', zum obersten und einzigen Gesetzgeber und Richter zu machen. In den Zwischenzeiten, in denen der Kampf der Klassen um die Herrschaft hin- und her-

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Banden, 13. Sitzung vom 14. April 1947, S. 2.

wogte, ist die Rechtsprechung ein getreues Spiegelbild der jeweiligen zwischen den Klassen geschlossenen Kompromisse."[19]

„Wir, die Kommunisten und Sozialisten", so Eckert, „haben als erste und am nachdrücklichsten erlitten, welchen Missbrauch die Nationalsozialisten und Militaristen mit den Freiheiten der Weimarer Verfassung trieben, aber wir verbitten es uns im Namen des Volkes, dass fünf Juristen darüber entscheiden, ob eine solche Notwehrmaßnahme gerechtfertigt ist, und nicht die gewählten Vertreter des Volkes selbst. Wir könnten dadurch leicht erleben, dass diese *Oligarchen im Talar* (Hervorhebung FMB) aus formaljuristischen Bedenken die Notwehr der neuen Demokratie oft nicht für rechtens erklären, wenn, wie das im Westen sich bereits eindeutig abzeichnet, ein Neofaschismus und die Reaktion auf streng legalem Wege und unter Berufung auf die verbrieften Grundrechte eine neue Diktatur zu errichten versuchen wie schon einmal."[20]

Die demokratischen Grundrechte, so Eckert, könnten allerdings solange nicht verwirklicht werden, als die „Verfügungsgewalt über die ökonomische Grundlage unserer Gesellschaft nicht in der Hand der werktätigen Klasse"[21] liege.

In klarsichtiger Voraussicht auf die Funktion des später in der BRD eingerichteten Bundesverfassungsgerichtes und in klarer Übereinstimmung mit der Ablehnung Helmut Ridders der in Art. 21 normierten Möglichkeit eines Parteienverbotes[22] war es für Eckert völlig undenkbar, dass ein „Staatsgerichtshof entscheidet, ob sich das Programm einer politischen Partei und deren Verhalten mit den Grundsätzen des demokratischen Staates vereinbaren lassen."[23]

---

19 Ebenda.

20 Ebenda.

21 Ebenda.

22 Helmut Ridder, Kommentierung von Art. 21 Abs. 2 GG. In: Kommentar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Gesamtherausgeber: Rudolf Wassermann. Neuwied und Darmstadt 1984, Band I, S. 1427-1441. Siehe auch Helmut Ridder, Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a.a.O, S. 363-377.

23 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Banden, 13. Sitzung vom 14. April 1947, S. 3. Siehe hierzu die Stellungnahme Eckerts bei der Beratung des Grundgesetzes im Badischen Landtages: „Ein besonderer Artikel ist der Sicherung der als Demokratie getarnten Diktatur der vorläufigen bürgerlichen Mehrheit im Westen gewidmet. *Nach dem Artikel 21 im*

Die spätere Kritik von Wolfgang Abendroth[24] und Helmut Ridder[25] an der Funktion des Bundesverfassungsgerichtes als gegenrevolutionärer „Ersatzgesetzgeber“ vorwegnehmend, wandte sich Eckert gegen die „Omnipotenz des Staatsgerichtshofes“. Nach seiner Auffassung dürfe der Staatsgerichtshof nicht über der direkten Willensbildung des Volkes, über dem Volksentscheid stehen.[26]

Im weiteren Verlauf der Debatte setzte sich Eckert – ganz im Einklang mit dem in der deutschen Parteiengeschichte singulär selbstkritischen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 – für die Demokratisierung der Wirtschaft und das Offenhalten eines Weges zur sozialistischen Neugestaltung ein.

Dabei galt ihm als Kronzeuge für eine sozialistische Neugestaltung der Wirtschaft aus christlichem Glauben heraus der frühere Zentrums- und inzwischen führende CDU-Politiker, der Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach, Wilhelm Elfes.[27] Unter Berufung auf ihn vertrat Eckert

---

zweiten Abschnitt entscheidet das Bundesverfassungsgericht darüber, ob eine politische Partei in ihren Zielen und in dem Verhalten ihrer Mitglieder demokratisch sei oder nicht. Welche Möglichkeiten, eine Partei durch Pressehetze nach bekannten Vorbildern, durch gefälschte Anweisungen und Dokumente, die bei Einbrüchen gefunden wurden, Provokationen und ähnliche bewährte Mittel, als undemokratisch zu diffamieren und dann zu verbieten, damit man seine bürgerliche Ruhe hat.“ In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 13. Sitzung vom 18. Mai 1949, S. 16. Zu verweisen ist z.B. auf die Legitimierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr „out of area“ durch die Entscheidung des BVerfG vom 12. Juli 1994 – entgegen dem ausdrücklichen Wortlaut und dem Willen des Grundgesetzgebers, das den Einsatz der Bundeswehr *ausschließlich* zu Zwecken der Landesverteidigung vorsieht.

24 Wolfgang Abendroth, Das Bundesverfassungsgericht als Ersatzgesetzgeber? Bemerkungen zum Urteil des Ersten Senats vom 29. Mai 1973 gegen Hochschulreform und Mitbestimmung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18. Jg., 7/1973, S. 705-714. Siehe auch Wolfgang Abendroths Kommentare zum „Fall Eckert“ in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert, Bonn 2011, S. 384ff., S. 395ff., S. 399ff.

25 Helmut Ridder, Das Bundesverfassungsgericht. Bemerkungen über Aufstieg und Verfall einer antirevolutionären Einrichtung. In. Der Kampf um das Grundgesetz. Referate und Diskussionen eines Kolloquiums aus Anlass des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth, hrsg. von Peter Römer, Frankfurt/Main 1977, S. 70-86.

26 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Banden, 13. Sitzung vom 14. April 1947, S. 3.

27 Wilhelm Elfes (1884-1969), ab 1909 Arbeitersekretär bei der katholischen

die Überzeugung, dass nach dem Scheitern aller Versuche, durch moralische oder gesetzliche Maßnahmen die Auswüchse des kapitalistischen Systems zu beschneiden oder dieses System im Ganzen zu reformieren, „der Sozialismus das letzte und einzige erfolgversprechende Mittel gegen den Kapitalismus“[28] ist.

Da die Ausführungen des kommunistischen Christen Eckert zu christlichen Eigentumsvorstellungen in westdeutschen Parlamenten nach 1945 eine gewisse Einmaligkeit beanspruchen dürfen, sei hier im Folgenden seine Argumentation ausführlich wiedergegeben:

„Der heilige Cyprian, Bischof von Karthago, den die Feudalherren 285 enthaupten ließen, lehrt ‚Denn alles, was Gott ist, ist uns, die wir es in Besitz genommen haben, zum gemeinsamen Gebrauch gegeben, und niemandem darf der Zutritt zu seinen Wohltaten und Vorteilen verwehrt werden, auf dass das ganze Menschengeschlecht die göttliche Güte und Freigebigkeit im gleichen Maße genießt.‘“[29]

Eckert bezog sich ebenso auf Ambrosius, jenen Bischof von Mailand, der um das Jahr 374 lehrte: „Gott hat befohlen, dass alles Wachstum allen gemeinschaftliche Nahrung bietet, dass die Erde gewissermaßen ein gemeinschaftlicher Besitz aller sei, die Natur hat also das gemeinsame Anrecht aller geschaffen, erst die Gewalttaten der einzelnen haben das Privatrecht hervorgerufen.“[30]

Eckert stütze seine Aussagen ferner auf Chrysostomos, Patriarch von Konstantinopel, der in der Mitte des 4. Jahrhunderts sagte: „Gott hat

---

Arbeiterbewegung (KAB), 1919 Chefredakteur der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*, die sich u.a. für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aussprach; 1921-1933 Angehöriger des Preußischen Staatsrats 1927 Polizeipräsident von Krefeld, am 30.1. 1945-1948 Oberbürgermeister in Mönchen-Gladbach, 1947-1950 CDU-Abgeordneter in Nordrhein-Westfalen, 1951 Ausschluss aus der CDU; zusammen mit Joseph Wirth Gründer der deutschen Sammlung, 1953 der Partei *Bund der Deutschen*, die sich gegen Westintegration und Wiederaufrüstung der BRD richtete und sich 1961 mit der DFU verschmolz, Herausgeber und Autor der *Deutschen Volkszeitung*, ab 1951 zusammen mit Erwin Eckert Teilnehmer an zahlreichen Kongressen des Weltfriedensrates. Siehe: Albert Esser, Wilhelm Elfes 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990.

28 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden, 14. Sitzung vom 15. April 1947, S. 9.

29 In: Verhandlungen des Badischen Landtags, 16. Sitzung vom 4. Februar 1948, S. 12.

30 Ebenda.

von Anbeginn nicht den einen reich und den anderen arm geschaffen und keine Ausnahme gemacht, sondern allen dieselbe Erde zum Besitz übergeben. Wenn also diese ein Gemeingut aller ist, woher hat dann der eine soundso viele Tagwerke, sein Nachbar aber keine Scholle Land?“[31]

Schließlich ließ er noch Papst Gregor den Großen (590-604) zu Wort kommen: „Die Menschen, die die Gabe Gottes, den Erdboden, zum Privateigentum machen, beteuern vergeblich ihre Unschuld, denn indem sie auf diese Weise den Armen ihre Existenzmittel vorenthalten, werden sie Mörder derer, die täglich aus Mangel sterben.“[32]

Aus alledem schlussfolgernd hieß es bei Eckert: Das Recht auf Arbeit bleibe eine Redensart, „solange nicht die Fundamentierung dieses Rechtsanspruchs in der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen gewährleistet ist. Darum sagen wir in unserem Artikel 18: ‚Das Recht auf Arbeit und einen gesicherten Lebensunterhalt wird vom Staate gewährleistet durch eine gesetzlich verankerte, umfassende Wirtschaftsplanung, durch die Anwendung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze bei der Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter‘.“[33]

Jeder Missbrauch wirtschaftlichen Einflusses zu politischen Zwecken, jeder Versuch der Ausbeutung und Unterdrückung der wirtschaftlich Schwachen solle gesetzlich geahndet werden. Als erste Maßnahme schlug Eckert eine Eingrenzung des Eigentums an Produktionsmitteln vor. Dies übrigens ganz im Sinne der CDU im Rheinland. Im Artikel 31 des KP-Verfassungsentwurfes hieß es: „Von der freien Bewirtschaftung sind mit Inkrafttreten dieser Verfassung ausgeschlossen und in Gemeineigentum der Gemeinden, Kreise oder des Landes zu überführen: Alle Bodenschätze, alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte, alle rohstoffschaffenden Betriebe, alle Betriebe und Unternehmungen mit dem Charakter eines öffentlichen Dienstes wie die Betriebe der Energiewirtschaft der Gasversorgung und die an Schienen und Oberleitungen gebundenen Verkehrsmittel. Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind ohne Entschädigung in Gemeineigentum zu überführen“.[34]

Als Vorsitzender der Badener KPD rief Eckert alle fortschrittlichen

31 Ebenda.
32 Ebenda.
33 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden, 14. Sitzung vom 15. April 1947, S. 9f.
34 Ebenda, S. 11.

Kreise, die eine gesicherte Demokratie und eine neue wirtschaftliche Ordnung zur Überwindung der gegenwärtigen Not verlangen, auf, bei der Volksabstimmung ihre Stimme gegen den Entwurf der Landesverfassung abzugeben.

Für die Fraktion der KP erklärte Eckert abschließend, man werde sich der Stimme enthalten, weil wir „keine Bundesverfassung der deutschen Länder haben möchten, sondern eine *Verfassung für eine einheitliche deutsche Republik*“(Hervorhebung FMB).[35]

Neubeginn oder Restauration? Die Debatten im Badischen Landtag 1948

Nach den Landtagswahlen am 18. Mai 1947, aus denen die CDU mit fast 56% der Stimmen als eindeutiger Sieger hervorging, wurde sofort die seit 1946 bestehende Allparteienregierung aufgelöst. Die immer deutlicher werdende Ausrichtung der CDU, eine ausschließlich westlich orientierte Politik zu betreiben, war mit einer Regierung unter Einschluss der Kommunisten nicht mehr vereinbar.

1948 ging die Etappe der antifaschistisch-demokratischen Neuordnung in Westdeutschland zu Ende, die Restauration wurde befestigt. Außen- und innenpolitisch waren die militärische Westintegration und der Weg zu einem westdeutschen Separatstaat klar vorgegeben.[36] Neben dem Marshallplan und der Währungsreform spielte in Baden auch das „Landesgesetz zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Bodenverteilung und Bodennutzung“ eine besondere Rolle.

---

35 Verhandlungen des Badischen Landtages, 16. Sitzung vom 21. April 1947, S. 5. Der Partikularismus ging in Baden so weit, dass der Ministerpräsident laut Verfassung als Staatspräsident firmierte.

36 Siehe Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt/Main 1972; Georg Fülberth, Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 2007; ders.: KPD und DKP. 1945-1990, Heilbronn 1990; Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD, Frankfurt/Main 1972; Klaus-Jörg Ruhl, Neubeginn oder Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 2. Auflage 1984; Reiner Zilkenat, Was zur Teilung Deutschlands führte, in: ROTFUCHS, 4/2018, S. 14-15.

An diesem Agrarreformgesetz sei beispielhaft Eckerts Denken und Handel dargelegt. Den Entwurf dieses Gesetzes unterzog Eckert in einer zweistündigen, temperamentvoll-sachlichen Rede einer grundsätzlichen Kritik. Er kam zu dem Schluss: Der Vergleich früherer Positionen mit dem vorliegenden CDU-Entwurf der Regierung zeige, „dass sich die reaktionären Kräfte in der CDU durchgesetzt und dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen für richtig gehalten haben, der seinem Inhalt nach die Überschrift tragen müsste: ‚Landesgesetz zur Sicherung des Großgrundbesitzes und zur Schaffung von Schrebergärten'."[37]

Eckert hatte bereits 1926 eine entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer gefordert. Dies tat er jetzt erneut: „Der Grund und Boden der Prinzen, Fürsten und Barone ist altes Bauernland, das den Bauern im Laufe der Jahrhunderte durch Bauernlegen, Knechtung und systematische Entrechtung gestohlen wurde. Heute nun [...] versuchen die Großgrundbesitzer die ‚angestammten' Rechte aufrechtzuerhalten, ihr ‚wohlerworbenes' Eigentum vor dem Zugriff des Volksstaates in Sicherheit zu bringen. Juristen und sachverständige Universitätsprofessoren werden bemüht, um durch akademische Gutachten die Vermögen der Grundbesitzer zu retten und diejenige politische Partei, die vorgibt, vor allem die Interessen der Bauern unseres Landes zu vertreten, stellt sich schützend vor die wenigen Standesherren und ihren Besitz."[38]

Am Ende der Debatte erklärte Eckert: „Wenn dieser Entwurf nun angenommen wird, werden Sie hinausgehen in dem Bewusstsein und mit der Genugtuung, dass es Ihre Mehrheit wieder einmal geschafft hat. Die Standes- und Grundherren aber [...] werden triumphierend untereinander sagen: ‚Wir sind noch einmal davongekommen'."[39]

---

37 Verhandlungen des Badischen Landtages, 16. Sitzung vom 4. Februar 1948, S. 10.

38 Ebenda.

39 Verhandlungen des Badischen Landtages; 17. Sitzung vom 5.2.1948, S. 58. Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle Heiterkeit. Nutznießer der CDU-Agrarreform waren laut Unser Tag vom 25. Februar 1948: Prinz Max-Egon zu Fürstenberg, Fürst Friedrich von Hohenzollern, Graf von und zu Bodman, Graf von Kageneck, Baron von Buol, Freiherr von Holzing-Berstett, Freiherr von Hornstein, Freiherr Zorn von Bulach, Freiherr zu Schauenburg, Freiherr Roth von Schreckenstein, Bertold, Markgraf von Baden, Fürst von der Leyen, Graf Douglas-Langenstein, Graf Waldner von Freundstein, Freiherr Geyling von Altheim, Freiherr von Stolzingen, Freiherr Roeder von Diersburg, Freiherr Böcklin von Böcklinsen, Freifrau von Neveu, Freiherr von Enzberg.

Umbenennung der KPD in Sozialistische Volkspartei Deutschlands

Auch im Ringen um eine wirkliche Bodenreform nutzte die KPD jede sich bietende Möglichkeit, mit linken Sozialdemokraten eine gemeinsame Politik zu betreiben. Das Ziel, eine einheitliche Arbeiterpartei mit gesamtdeutscher Orientierung zu schaffen, die sich auch für fortschrittliche, nicht-proletarische Kräfte öffnet, wurde nicht aufgegeben. Dieser Versuch scheiterte letztlich an der Konfrontationspolitik der Westmächte und ihrer westdeutschen Gefolgsleute. Gestützt auf Thomas Manns Diktum, wonach die „Politik des Antibolschewismus die Grundtorheit unserer Epoche“[40] ist, wehrte sich Eckert daher gegen die vor allem von Kurt Schumacher betriebene antikommunistische und antisowjetische Stimmungsmache. Am 27. Februar 1948 erklärte Eckert im Landtag: „Ich erinnere mich genau an die Argumente, mit denen die Nationalsozialisten gegen uns argumentierten. Sie [...] überboten sich in einer niederträchtigen Hetze gegen alles, was mit Kommunismus zusammenhing. [...] Wir Kommunisten in Deutschland denken gar nicht daran, uns dem Schema der russischen Revolution anzuschließen. Wir wissen als Marxisten, dass die Voraussetzungen zum Kampf um den Sozialismus in jedem Lande andere sind, je nach der ökonomischen [...] Struktur des Landes. Wir gehen bei und von der deutschen Situation aus und suchen von uns aus einen Weg, um aus der gegenwärtigen Katastrophe herauszukommen“.[41]

Im Einklang mit der von der KPD seit 1945 entwickelten Politik beschloss die Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei aus allen elf Ländern der westlichen Besatzungszonen am 27. April 1948 in Herne[42] mit 281 gegen 18 bei 19 Stimmenthaltungen den Namen der KPD in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands“ (SVD) abzuändern.

Den neuen Namen der Partei erklärte Eckert in einem Beitrag für die

---

40 Siehe das Zitat in Eckerts Landtagsrede vom 5. August 1948. In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 29. Sitzung vom 5. August 1948, S. 19.

41 In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 19. Sitzung vom 27. Februar 1948, S. 21.

42 Beschluss der Herner Konferenz der KPD über die Änderung des Namens der Partei. In: KPD 1945-1968. Dokumente. Herausgegeben und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus, Neuss 1989, S. 205f. Siehe auch Walter Bauer, Eine „Partei der Einheit“ auch im Westen, in: Unsere Zeit vom 11. Mai 2018, S. 12.

Parteizeitung *Unser Tag*[43] wie folgt: „Sozialistisch ist unsere Partei, weil sie unerschrocken den Kapitalisten entgegentritt, die schon wieder glauben, auch im Westen Deutschlands ihre Herrschaft über die vom Krieg enteigneten Massen aufrichten zu können, um ihnen die Kosten des Hitlerkrieges aufzubürden. Sozialistisch nennen wir unsere Partei, weil sie die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung erkämpft."

Die Namensänderung war für den Vorsitzenden der Badischen KPD „nicht eine Übermalung des alten Firmenschildes, sondern ein Ausdruck für die Veränderung der von der Partei schon seit der Brüsseler Konferenz 1935 und erst recht nach 1945 entwickelten Politik, die unter den Voraussetzungen der Ostzone zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheitspartei (SED) geführt hat."

Eckert hatte kein Verständnis dafür, „dass die sozialdemokratischen Führer [...] ihre Hauptaufgabe im Kampf nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Kommunisten, d. h. gegen die entschiedenen Sozialisten sehen."

Es half alles nichts. Die Umbenennung der KPD in SVD wurde – im Gegensatz zur genehmigten Umbenennung der BCSV in CDU und der Demokratischen Partei in FDP – von den westlichen Besatzungsmächten verboten. Der Versuch, auch im Westen eine „Partei der Einheit" zu schaffen", wurde untersagt.

Krieg oder Frieden?

Alle von der KPD erhobenen Warnungen vor dem „Kalten Krieg" waren vergeblich. Für Eckert war es bitter notwendig geworden, vor der Gefahr neuer heißer Kriege zu warnen und alles zu tun, um den Frieden zu bewahren. Blicken wir in diesem Zusammenhang auf die Rede, die Eckert am 22. Mai 1948 im überfüllten Harmoniesaal von Freiburg hielt, auch weil sie im Grunde sieben Jahrzehnte danach neuer Nachdenklichkeit aufzuhelfen vermag.

Sollte man nicht annehmen, so Eckert zur Eröffnung, dass die ungeheuren Verwüstungen und Opfer dieser sechs Jahre von 1939 bis 1945 die ganze Menschheit aufgerüttelt habe und ihr den Wahnsinn des

43 *Unser Tag*. Volkszeitung für Baden. Organ der Kommunistischen Partei, 3. Jahr, Nr. 30 vom 5. Mai 1948, S. 1f. Alle folgenden Zitate ebenda.

Krieges, die Sinnlosigkeit des Völkermordens so tief in das Bewusstsein eingeprägt habe, dass sogar der Gedanke an einen neuen Krieg völlig unmöglich ist?[44]

Es war für ihn unvorstellbar, „dass [...] Unzählige beinahe hoffen, dass es zu einem neuen Kriege kommt, weil sie darin einen Ausweg aus unserer Not sehen.“ Und er befürchtete, „dass Amerika den Vorsprung seiner Rüstung und den Vorteil, dass der 2. Weltkrieg es nicht geschwächt, sondern es gestärkt hat“, dazu ausnutzen werde, „um die ganze Welt unter seine Herrschaft zu bringen und die sozialistische Sowjetunion auszuschalten?“

Kommunisten, so Eckert, dürfen nicht zusehen, wenn die Völker Europas, wie schon beim Ersten Weltkrieg gesagt wurde, erneut in einen dritten „hineinschlittern.“ Auf die später gegen große Widerstände des Westens von der UdSSR zeitweilig durchgesetzte Politik der friedlichen Koexistenz im Zeichen des atomaren Patts („Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“) hinweisend, sagte er: „Wir behaupten, dass die Verschiedenheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur zwischen dem Osten und dem Westen nicht unausweichlich zu einer blutigen Auseinandersetzung um die Weltherrschaft führen muss. Wir behaupten, dass es nur ganz bestimmte Kreise sind, die um ihres Vorteils willen, um ihrer Macht willen, solche Auffassungen in der Welt verbreiten und Vorbereitungen für einen nach ihrer Auffassung möglichen und wünschenswerten Krieg fordern, um in ihren Riesengewinnen nicht geschmälert zu werden. Wir behaupten, dass weder die Massen des amerikanischen Volkes, noch das russische Volk, überhaupt kein Volk dieser Erde den Krieg will“. Um dieses friedliche Wollen erfolgreich werden zu lassen, komme es darauf an, „die Abwehrkräfte gegen die Kriegspropaganda und die Kriegspsychose zu stärken, um in einer ruhigeren Atmosphäre und bei nüchterner Überlegung zu erkennen, auf welchem Wege eine friedliche Zusammenarbeit zum Wohle aller Völker [...] möglich ist.“ Würde man raten müssen, *wann* das gesagt worden ist, wer würde nicht auf gegenwärtige Verhältnisse und an das Credo der weltweiten Friedensbewegung stoßen, wonach Konflikte nicht militärisch, sondern nur politisch zu lösen sind?

Hoffnungsvoll verwies Eckert darauf, dass es im Westen, auch für die

---

44 Krieg oder Frieden? Rede Erwin Eckerts am 22. Mai 1948 im Harmoniesaal in Freiburg. 26seitigen Manuskript im Privatarchiv Balzer (PAB) Sammlung Eckert. Alle folgenden Zitate ebenda. Siehe auch Veranstaltungsbericht in Unser Tag vom 29. Mai 1948, S. 2.

USA, Gründe genug gebe, einen Krieg unter allen Umständen zu vermeiden. „Es dürfte den Herren in der Wallstreet nicht leicht fallen, bei der offensichtlichen Friedensbereitschaft der Sowjetunion trotz aller Hetze und trotz der Schlammflut von Lügen und Verleumdungen einen Krieg vom Zaun zu brechen."

Das „Beschämendste und Erschütterndste für uns" sei jedoch, „dass in Deutschland selbst bestimmte Kreise bereit sind, eine Politik gutzuheißen und zu unterstützen, die in ihren Folgen das Ende Europas und die absolute Vernichtung Deutschlands bedeuten würde."

In Grunde nahm Eckert vorweg, was später eintrat – ich meine die nach Beendigung der Phase der friedlichen Koexistenz durch die Stationierung US-amerikanischer Raketen vom Westen verursachte Konfrontationspolitik der 80er Jahre, die, vom SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt propagiert, die Welt an den Rand eines atomaren Weltkrieges führte.

Währungsreform

Ich komme zu einem weiteren Ereignis des Jahres 1948, das fatale Weichen für Deutschlands Zukunft stellte: die Währungsreform. Mit dieser und ihren Folgen setzte sich Eckert in einer „wirklich bemerkenswerten Rede"[45] kritisch auseinander:

Die für die Westzonen separat durchgeführte Währungsreform sei die erste Etappe der durch ihre Annahme in den sechs Ländern der Westunion zu Beschlüssen erhobenen Empfehlungen der Londoner Konferenz. Diese würden das Ziel verfolgen, „einen westdeutschen Staat zu schaffen mit einer deutschen Separatregierung in Frankfurt und einem nicht aus direkten Wahlen hervorgehenden Parlament."[46] Sie sei lange vorbereitet und stehe „im direkten Widerspruch zu dem Vertrag von Jalta, zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz."[47] Diese hätten Deutschland immer als ein einheitliches Ganzes betrachtet. Stattdessen hätten, so Eckert, „die Schaffung der Bizone und ihre zentrale Verwaltung von Frankfurt aus, die Ergebnislosigkeit der Moskauer Konferenz

45 So Jörg Roesler in einer Mitteilung an den Verfasser vom 9.3.2018.

46 Verhandlungen des Badischen Landtages, 23. Sitzung vom 22. Juni 1948, S.13.

47 Ebenda.

im Frühjahr 1947, die Sprengung der Londoner Viermächtekonferenz im Dezember 1947, die Einbeziehung der westlichen Zonen Deutschlands in den Marshallplan durch die Unterschriften der Zonenbefehlshaber, der Brüsseler Bündnispakt der fünf Staaten der Westunion, die vor kurzem abgeschlossene Sechsmächtekonferenz von London und die [...] Währungsreform für Westdeutschland zur Aufteilung Deutschlands geführt, zur Zerreißung unseres Volkes und zu seiner Abhängigkeit vom amerikanischen Monopolkapital und seinen Verbündeten.“[48] Angesichts der unsozialen Folgen der Währungsreform forderte Eckert Übergangshilfen und einen Härteausgleich. Er fürchtete jedoch, „dass dieser Lastenausgleich genauso verschleppt und schließlich unmöglich gemacht werden wird im Westen Deutschlands wie die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Bodenreform und die Entnazifizierung.“[49]

Die kommunistische Gruppe im Landtag Badens schlug daher den Abgeordneten vor, die in den Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz vorgeschlagene Errichtung eines westdeutschen Staates abzulehnen und zu formulieren: „Sie erwarten und wünschen die Verwirklichung der unserem Volke in den Potsdamer Beschlüssen zugesagten politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Darum fordern sie die Aufhebung der Zonengrenzen, allgemeine, direkte, freie Wahlen eines gesamtdeutschen verfassungsgebenden Parlaments, die Errichtung der selbständigen, unteilbaren deutschen demokratischen Republik und eine für ganz Deutschland verantwortliche Regierung.“[50]

Segnungen der sozialen Marktwirtschaft

Die sogenannten Segnungen der „sozialen Marktwirtschaft“ aufgrund von Marshall-Plan und Währungsreform waren Gegenstand zahlreicher Reden Eckerts im Badischen Landtag. Am 12. November 1948 betonte er, dass die Regierung den Auswirkungen der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ hilflos gegenüber stehe und „mit geschlossenen Augen“ darauf vertraue, „dass das von den stürmischen Wellen der Erhardschen Wirtschaftspolitik hin- und hergeworfene südbadische Beiboot schon irgendwie zwischen der Skylla der unerhörten Preissteigerungen für industrielle und Gebrauchsgüter und der Charybdis der

48 Ebenda, S. 14.
49 Ebenda, S. 16.
50 Ebenda, S. 17f.

niedrigen Löhne und Gehälter ohne allzu große Havarie hindurchkommen werde."[51]

Die in dem Gesetz zur Durchführung der Währungsreform eindeutig festgelegte Bestimmung, dass Preise und Löhne nicht verändert werden dürfen, sei wenige Tage später durchbrochen worden. Die Preise stiegen unaufhaltsam, die Löhne aber blieben niedrig, so dass sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorkriegsstand schon Anfang Oktober um 51% erhöht haben. „Die Arbeiter und Angestellten können also bei dieser Preissteigerung einfach nicht leben. [...] Ein angelernter Arbeiter mit der Zulage für zwei Kinder verdient heute, ich[52] habe den Lohnzettel vorliegen, wenn es jemand bezweifeln sollte, brutto 166.32 DM, netto 149.96 im Monat"[53]. Eine Zusammenstellung der Lebenshaltungskosten ergebe für einen Normalverbraucher im Monat Juli 1948, also vor der Preiserhöhung für Lebensmittel, für eine Familie mit zwei Kindern als Existenzminimum 245.59 DM.

Diese von Eckert als „wirtschaftliche Anarchie und Destruktion" bezeichnete Entwicklung galt ihm als eine „direkte Folge der in Westdeutschland eingeführten freien Marktwirtschaft, eine direkte Auswirkung der kapitalistischen Rekonstruktion, die auf der Grundlage des Marshallplans über die Währungsreform zu den katastrophalen Zuständen in Westdeutschland geführt hat."[54] Um sich gegen die soziale Notlage zu wehren, verwies Eckert auf den Streik von über vier Millionen Arbeitern und Angestellten gegen die Segnungen der freien Marktwirtschaft, der während seiner Rede im Ruhrgebiet stattfand.

---

51 Verhandlungen des Badischen Landtages, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 2. Sitzung vom 12. November 1948, S. 1.

52 Abweichend von der üblichen Praxis kommunistischer Redner spricht Eckert hier wie an anderen Stellen in der 1. Person Singular, nicht Plural, ein Verhalten, das seine Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft zusätzlich zu seiner brillanten Argumentation erhöht. Diese Herangehensweise teilt er mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der KPD und hessischen Landtagsabgeordneten Walter Fisch. Siehe hierzu: Wilhard Grünwald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlass und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens. Meisenheim am Glan 1971, S. 404-407. Zum Auftreten von Walter Ulbricht und Friedrich Ebert anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz in München siehe die von der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD herausgegebene Broschüre „Warum musste die Münchener Konferenz scheitern?" Berlin 1947.

53 Verhandlungen des Badischen Landtages, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 2. Sitzung vom 12. November 1948, S. 5-6.

54 Ebenda, S. 6.

Die Debatten im Badischen Landtag 1949

Auch im Jahr 1949 nahm Eckert kein Blatt vor den Mund, wenn es galt, gegen die Politik der Herrschenden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu verteidigen bzw. durchzusetzen. So unterzog er am 25. März 1949 die Badische Regierung einer scharfen Kritik. Sie schweige sich hartnäckig über ihre Einstellung zu den politischen und militärischen Plänen der Westunion und des Atlantikpaktes aus. Nicht nur die CDU, sondern auch die FDP und die SPD hätten, so Eckert, die den Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 in Frankfurt übergebenen drei Dokumente mit dem Inhalt der Londoner Empfehlungen angenommen und bejaht. Am 8. und 10. Juli, hätten sie zwar ihre Einwände formuliert, sich aber bereits am 28. Juli den Wünschen der Militärregierungen unterworfen. Eine gemeinsame Beschlussfassung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens sei nicht zustande gekommen. „Aber gerade das wollte [...] die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit nicht. Sie wollte [...] gar keine ernsthafte Entnazifizierung[55], keine durchgreifende Demokratisierung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, keine Abrechnung mit den für den Krieg und die Katastrophe unseres Volkes verantwortlichen Schichten der kapitalistischen Machthaber und Großgrundbesitzer. Sie wollte [...] gar keine Überführung der Schlüsselindustrien in das Eigentum und die Verfügungsgewalt des Volkes. Sie wollte keine durchgreifende Bodenreform. Sie wollte keine Auflösung der überkommenen Beamtenhierarchie. Sie wollte die Wiederherstellung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, die Aufrechterhaltung der Klas-

55 Auf der 7. Sitzung der Beratenden Versammlung des Badischen Landtages vom 18. September 1947 (S. 23) vertrat Eckert als ehemaliger Vorsitzender des Landeskontroll-Ausschusses für die Entnazifizierung, unter anderem beschäftigt mit dem Fall Theodor Maunz, die Überzeugung, „dass die Entnazifizierung eine politische Aufgabe ist zur Sicherung einer neuen demokratischen Ordnung und dass es deshalb nicht darauf ankomme, alle die kleinen Nazis und Mitläufer zu bestrafen, sondern darauf, die verantwortlichen Nazi endgültig aus der Verwaltung und Wirtschaft auszuscheiden und ihnen Sühnemaßnahmen aufzuerlegen.“ Inzwischen bestehe die Gefahr, „dass die Entnazifizierungspraxis, die sich entwickelt hat, benutzt werden soll zu einer Rehabilitierung für die, die für Vorbereitung, Errichtung und Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verantwortlich sind. Heute spricht man bereits davon, dass es notwendig sei, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen gegen Mitglieder der Reinigungs-Kommissionen, die sich aus Antifaschisten aller Parteien zusammensetzen.“

senherrschaft der Besitzbürger“[56].

In den Augen Eckerts war Berlin „zu einem vorgeschobenen Stützpunkt der Wirtschafts- und Staatspolitik des kapitalistischen Westens gegen die sozialistische Neuordnung und die Verwirklichung einer wahrhaften Demokratie in der Ostzone“[57] gemacht worden. Die Deutschen im Westen hätten „nicht das geringste Interesse an den Absichten der kapitalistischen Westmächte haben dürfen, in Berlin einen Sappenkopf ihrer quer durch Europa und Deutschland gezogenen Front zum Kampf gegen die Sowjetunion und die Oststaaten zu errichten. Wenn Sie das für notwendig halten, selbst auf die Gefahr eines dritten Weltkrieges hin, dann soll die Verantwortung dafür auch ausschließlich bei Ihnen liegen.“[58] Die USA sollten die Kosten ihres kalten Krieges gegen die UdSSR selbst aufbringen. Die Westdeutschen sollten alles vermeiden, was den Weg zur Einheit der jetzt getrennten Teile Deutschlands versperren könne. „Aber eben das, meine Herren, wollen die Führer der politischen Parteien im Westen nicht, auch Sie nicht, meine Herren von der CDU! Darum verhöhnt die bürgerliche Presse die Versuche ostdeutscher Politiker, mit dem Westen ins Gespräch zu kommen, wie es sich bei dem Besuch des Vorsitzenden der Ostzonen-CDU, Otto Nuschke, gezeigt hat. Darum übersehen die westdeutschen Politiker vom Schlage Adenauers und Carlo Schmids geflissentlich die dargebotene Hand der Vorsitzenden des deutschen Volksrates in Berlin zu gemeinsamer Arbeit. Darum lehnen sie eine Besprechung des nationalen Notstandes, in dem sich unser Volk unter der Drohung des Atlantikpaktes befindet, [...] mit oberflächlichen und agitatorischen Phrasen ab“[59]. Die NATO sei das „Kernstück einer systematischen Einkreisung der sozialistischen Sowjetunion und der Staaten, die den Frieden wollen, ein Kriegspakt des Weltkapitalismus gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeitermassen aller Länder, gegen die unterdrückten Kolonialvölker, gegen den Sozialismus“.[60]

Wie wir heute alle wissen, wissen können, hat sich die Zielsetzung der NATO – entgegen allen ursprünglichen Rechtfertigungen wegen der „Bedrohung aus dem Osten“ – nach dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes nicht geändert. Die völkerrechtswidrigen NATO-Kriege gegen Jugoslawien, Libyen, Afghanistan und Syrien sind

56 Ebenda, S. 2.
57 Ebenda, S. 3.
58 Ebenda.
59 Ebenda.
60 Ebenda, S. 6.

eindeutige Belege. Die Einkreisung Russlands durch die Expansion der NATO bis an die Grenzen Russlands widerspricht den Zusagen beim 2+4-Vertrag. Nach den Angaben von SIPRI von 2018 hat Russland den Rüstungshaushalt um 20% gesenkt. Die Vereinbarung der GroKo sieht dagegen die Steigerung des Militäretats um 30 Milliarden Euro vor. Die Fortsetzung der Militarisierung der Außenpolitik ist unter den SPD-Außenministern in vollem Gange. Die massenhafte Sammlung von Unterschriften unter den Appell „Abrüsten, statt aufrüsten“ aber auch.

Der Charakter des Atlantikpaktes wurde damals vom amerikanischen Außenminister Acheson mit dem Hinweis unterstrichen, dass es für die Unterzeichner des Paktes genüge, einen Krieg zu beginnen, „wenn revolutionäre Umwandlungen innerpolitischer Art in einem der Unterzeichnerstaaten oder in den von den westlichen Alliierten besetzten Gebieten, einschließlich der Westsektoren Berlins, die Unterstützung eines Auslandsstaates – gemeint ist die UdSSR – fänden.“[61] Deutlicher könne, so Eckert, „der aggressive Charakter dieses Paktes nicht gekennzeichnet werden. Schon jetzt werden [...] überall die Streiks und sozialen Kämpfe in Frankreich und Italien, auch der Ruhrstreik, die kolonialen Aufstände in Viet Nam, Indochina, [...], der Befreiungskampf der griechischen Partisanen und der chinesischen Arbeiter und Bauern als von der Sowjetunion ferngelenkte Angriffe bezeichnet.“[62] Diese Politik könne heute oder morgen zum Kriege führen. „Deutlicher kann man nicht darauf hinweisen, unter welchem Vorwand man über die Welt einen neuen furchtbaren Krieg bringen will, wenn die Aufrüstung und Koordinierung der militärischen Kräfte beendet sein wird und das hergestellte Kriegsmaterial Verwendung finden muss, um nicht zu veralten und, vor allem, um sich zu rentieren“.[63]

Eckert beendete seine Rede mit dem Satz: „Damit habe ich aufgehört, Sie zu ärgern, meine Herren.“ Ironisch fügte er hinzu: „Ich freue mich für Sie.“[64] Den CDU-Abgeordneten Hoffmann provozierte diese Aussage zu dem tiefblickenden, aber vergeblichen Zwischenruf: „Aber hoffentlich endgültig!“

61 Ebenda.
62 Ebenda.
63 Ebenda.
64 Ebenda, S. 13.

Die Aussprache über das Grundgesetz im Badischen Landtag

Nein, an ein „Aufhören“ dachte Eckert nicht, schon gar nicht daran, den Gegnern wohlgefällig zu sein. Das zeigte er auch, als im Badischen Landtag über den Entwurf des BRD-Grundgesetzes debattiert wurde.

Dazu hatten die Abgeordneten fünf Tage vor Verabschiedung des Grundgesetzes Gelegenheit erhalten. In einer eindringlichen Rede beschwor Eckert seine badischen Kollegen, die Ratifizierung abzulehnen. und zwar nicht nur, weil die entscheidenden Verhandlungen über das Grundgesetz so gut wie hinter verschlossenen Türen bei interfraktionellen Besprechungen der Parteimatadore in Bonn stattfanden.

Auf der Grundlage eines angeblichen Provisoriums solle ein Parlament, eine Regierung, soll eine Bundesverfassung, soll ein Bundesgebiet geschaffen werden, kurz, sollen Gesetze für ganz Westdeutschland gemacht werden. „Die anderen Länder in Westdeutschland mögen sich trotz der Einwendungen wirklich demokratisch gesinnter Männer und Frauen mit der Bonner Anordnung einer Ratifizierung durch die Landtage abfinden, in Baden ist das unmöglich.“[65]

Eckert verwies auf den Artikel 52 der Badischen Verfassung, in dem es wörtlich heißt: „Die Zustimmung zu einer Bundesverfassung der deutschen Länder bedarf eines verfassungsändernden Gesetzes.“ Und in Artikel 92: „Zur gültigen Beschlussfassung über Gesetze, durch die die Verfassung oder ihre Teile ergänzt, erläutert, abgeändert oder aufgehoben werden, ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages erforderlich; ist das Gesetz angenommen, so muss es der Volksabstimmung unterbreitet werden.“ Die Mehrheit des Badischen Landtages setzte sich über diese verfassungsrechtlichen Hürden schlicht hinweg.

Eckert empfahl den badischen Abgeordneten die Lektüre der Richtlinien des Deutschen Volksrates für die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik. Mitnichten sei in der Ostzone die Errichtung einer Diktatur des Proletariats beabsichtigt. Bekanntlich gab sich die DDR erst 1968 eine sozialistische Verfassung. Es sei eine Irreführung der öffentlichen Meinung, „dass die vom Deutschen Volksrat vorgeschlagene Verfassung für die Menschenrechte und die Freiheit der Bür-

65 Ebenda. „Über die Politik, die in Deutschland gemacht werden muss, wird nicht in London oder in Moskau entschieden, sondern [...] in Deutschland selbst“. Eckert in: Verhandlungen des Badischen Landtages, 2. Sitzungsperiode, 7. Sitzung vom 22. Februar 1949, S. 4.

ger eines zukünftigen deutschen Staates nicht auch als Grundlage einer zukünftigen Verfassung“[66] dienen könne.[67]

Der Bonner Parlamentarische Rat, so Eckert, lehne in Wirklichkeit eine Fühlungnahme zur Schaffung einer gemeinsamen Verfassung ab, „weil in den Richtlinien einer solchen Verfassung, wie wir sie wollen und wie sie bevorsteht, das Recht auf Arbeit, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, eine planvolle Gestaltung der deutschen Wirtschaft, die Enteignung der Kriegsverbrecher und der Großgrundbesitzer und die Überführung der Großbetriebe in Gemeinwirtschaft gefordert wird und deshalb, weil in den Richtlinien Deutschland als eine unteilbare demokratische Republik, die sich aus deutschen Ländern zusammensetzt, enthalten ist?“[68]

Der Parlamentarische Rat widersetze sich nur deshalb einem Gespräch zwischen den Deutschen der West- und den Deutschen der Ostzone und übergieße alle Versuche hierzu mit giftigem Hohn, weil die politischen Führer der Westzonen bereit seien, „eine in der Strategie der westlichen Alliierten vorgesehene separate westdeutsche Staatsbildung vorzunehmen“[69] Es sei beschämend, „dass sich die Deutschen nicht über die Zukunft ihres Volkes zu verständigen bereit sind, und die westdeutschen Politiker und Zeitungen eine Welle des Hasses gegen all die auslösen, die unser Volk wirklich einer echt demokratischen Neuordnung entgegenführen wollen, dass es westdeutsche Politiker gibt, die zu einer chauvinistischen Hetze gegen die Sowjet-Union bereit sind, die vergessen, was die Verbrecher des Dritten Reiches diesem Land und dem Volk angetan haben“.[70]

In Anlehnung an die einstimmige Erklärung aller Fraktionen des Landtages von Nordrhein-Westfalen legte Eckert den Badischen Landtags-

---

66 Ebenda, S. 17.

67 Zur Entstehung und Unterschiedlichkeit der in beiden deutschen Staaten 1949 in Kraft tretenden Verfassungen siehe Wolfgang Abendroth, Zwiespältiges Verfassungsrecht in Deutschland. Die Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“ im Vergleich zum Bonner Grundgesetz, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 76, (37. Bd. der Neuen Folge), (1950/51), H. 1, S. 1-25; Die Anführungszeichen im Titel gehen offensichtlich auf die Redaktion der renommierten Zeitschrift zurück, da Abendroth auf diese Distanzierung verzichtet; ders. Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966, S. 66.

68 Ebenda.

69 Ebenda, S. 17.

70 Ebenda.

abgeordneten die Ablehnung des Grundgesetzes nahe. Vergeblich.

Ausklang

Die Reihe ausgewählter Beispiele für Eckerts unermüdlichen Kampf um die Zukunft Deutschlands könnte beliebig fortgesetzt werden. Hier bleibt nur Platz für einige abschließende und die Diskussion anregende Bemerkungen.

Die Kommunistische Partei war nach 1945 die einzige Partei, die sich konsequent für die Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse und für die Einheit Deutschlands einsetzte. Vor dem Verbot der KPD hatte der Kampf um die nationale Einheit und für den Frieden stets die absolute Priorität.[71] Die KPD hat „von Anfang an diese Doppelstrategie des scheinbar demokratischen Aufbaus, unter dem in Wirklichkeit der deutsche Imperialismus wiederauferstand“[72] demaskiert. Gegenüber der von Kurt Schumacher ausgegeben illusionären Parole „Sozialismus als Tagesaufgabe“ erwies sich die von Otto Grotewohl unterstütze Losung von der „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes“ als durchaus realistisch. Der vorrangige Kampf der KPD „gegen die Wiederbewaffnung als Tagesaufgabe“[73] führte letztlich zum verfassungswidrigen Verbot der KPD.[74]

Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 24. Mai 1949 war die letzte Entscheidung für einen westdeutschen Separatstaat im Interesse der Restauration und der militärische Westintegration gefallen. Der Vorsitzende der KPD Max Reimann sprach am Ende der Beratung über das

---

71 Ebenda.

72 Siehe Hans E. Schmitt-Lermann, Die KPD im Kalten Krieg. Vortragsmanuskript in PAB.

73 Hans Heinz Holz, Die Sinnlichkeit der Vernunft, Letzte Gespräche, Berlin 2018, S. 71. Siehe auch Hans Heinz Holz, Wie sah ein Kommunist zur „Halbzeit“ die „Vorgeschichte und Anfänge der BRD“? In: Weißenseer Blätter 3/1999, S. 7-18.

74 Siehe Hans Heinz Holz, Der frühe Tod des Grundgesetzes. Das KPD-Verbot – der Präzedenzfall für die Aushöhlung der Demokratie in der BRD, Teil 1. In: junge Welt vom 5.12.2009, S. 10-11. Teil 2. In: junge Welt vom 7.12.2009, S. 10-11. Siehe auch die jüngste Veröffentlichung von Josef Foschepoth, Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, Göttingen 2017.

Grundgesetz angesichts der späteren Uminterpretation des Grundgesetzes in ein Instrument zur Wiedererrichtung einer imperialistischen Großmacht die goldenen Worte „Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“[75]

Der marxistische Historiker der Arbeiterbewegung, Wolfgang Abendroth, bezeichnete Eckert als jemanden, der „nicht nur im Dritten Reich, sondern auch in der Periode des übelsten Antikommunismus in der Bundesrepublik der Gehetzte gewesen“[76] ist.

Eckerts überragender Popularität konnte selbst geheimdienstlich organisierter, von Politik und Presse lancierter Rufmord[77] nichts anhaben. Stattdessen errang er am 31. Juli 1949 – nach vergeblichen Bemühungen der KP, mit der SPD einen gemeinsamen Kandidaten bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim aufzustellen – gegen den von der CDU und FDP unterstützten Kandidaten der SPD einen in der Bundesrepublik für einen Kommunisten einzigartigen Wahlerfolg von nahezu 35% der abgegebenen Stimmen. Die für Eckert in Mannheim abgegebenen 26.087 Stimmen machen etwa 82% der Stimmen aus, die die KPD in ganz Südbaden erreicht hatte. Bei der zwei Wochen später stattfindenden Bundestagswahl 1949 erzielte die KPD in Mannheim mit 18,7% einen Stimmenanteil, der im gesamten Bundesgebiet nach dem Wahlergebnis von Max Reimann in Solingen an zweiter Stelle

75 Zit. nach Max Reimann, Entscheidungen 1945-1956, Frankfurt 1974, S. 156.

76 Wolfgang Abendroth in einem Brief an Erwin Eckert. In: PAB, Sammlung Eckert.

77 Ein besonders widerwärtiges Beispiel des Rufmordes fand sich in der „Schwäbischen Zeitung“, einem Organ der CDU, vom 9. April 1949 unter der Überschrift „Kommunisten gegen Erwin Eckert“. Darin wurde behauptet, dass die „rote Opposition innerhalb der kommunistischen Partei Badens“ in einem Flugblatt die „Säuberung der KP von Bonzen und allen Arbeiterfeinden, wie Eckert einer ist“ und ein sofortiges Parteigerichtsverfahren wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ gegen den Vorsitzenden der KP Badens, den früheren evangelischen Pfarrer Erwin Eckert, verlange. Der von Eckert gestellte Strafantrag gegen die „Schwäbische Zeitung“ wegen übler Nachrede und Verleumdung blieb erfolglos, da das Verfahren laut Mitteilung der Badischen Staatsanwaltschaft vom 17. Januar 1950 auf Grund des § 3, Ziffer 1 des Gesetzes über die Gewährung der Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 eingestellt wurde.

stand. Eckert war, so die Einschätzung von Wolfgang Abendroth, nach Max Reimann der populärste Arbeiterführer in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik.[78]

Der stimm- und sprachgewaltige, mit großem Charisma ausgestattete Tribun Eckert[79] wurde nicht erst nach der Befreiung vom Faschismus zum Sprachrohr für einfache Menschen aus dem arbeitenden Volk. Aus unmittelbarer Kenntnis des Lebens der einfachen Menschen, brachte er auf handliche Formeln, was das arbeitende Volk bewegte. Unmissverständlich war eines seiner Lieblingswörter. Er ergriff Partei für das Volk, den Souverän, der sein eigenes Schicksal in die Hand nehmen muss. Er wollte verhindern, dass die zu schaffenden Institutionen gegen den Souverän Volk regieren, also aus Citoyens Untertanen machen.

Unbeirrt beharrte Eckert auf den Grundsätzen: „Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“ und „Wer Geld für Rüstung ausgibt, hat kein Geld für soziale Zwecke“. Im geschichtlichen Auf und Nieder von Revolution und Gegenrevolution war sein Platz niemals der eines neutralen Zuschauers. Seine Botschaft war, die Massen dazu zu bringen, sich gegen die Reichen und ihre Helfershelfer zu erheben.

Frieden, Freiheit und Gleichheit fallen, so Eckert, nicht vom Himmel, man kann sie sich nicht schenken lassen, man kann sie nur erkämpfen. Eckert war ein Advokat des eingreifenden Denkens, das sich nicht nur an den Verstand von Verfassungs- und Gesetzgebern wendet. Zum führenden Kopf der Erneuerung Deutschlands avanciert, forderte er eine Herrschaft für und durch das Volk. Die Forderung des Prager SPD-Manifests von 1934, nach der Niederwerfung des Faschismus „den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu

---

78 Bei der Mannheimer OB-Wahl stimmten in den proletarischen Wahlbezirken 88 und 89 auf der Schönau 59,8 bzw. 63,8 Prozent der Wähler für Eckert. Siehe Herbert Mies, Mit einem Ziel vor Augen, Berlin 2009, S. 77. Tausende von Industriearbeitern bei Daimler und Lanz, Angestellte der Verkehrsbetriebe, Bauern, Mittelständler, Bürgerliche strömten zu seinen Wahlkampfveranstaltungen, ob in der Neckarvorstadt, in Seckenheim, Friedrichsfeld, Sandhofem, Waldhof, Käfertal oder Wallstadt. Überall herrschte unerhörte Begeisterung mit Hochrufen und Blumengeschenken. Siehe Brief von Eckert an seine Frau Elisabeth Eckert vom 25. Juli 1949.

79 Eckert selbst sprach von einer ihm „leider angeborenen Vehemenz“ und einem ihm „leider auferlegten Temperament“. In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 2. Sitzungsperiode, 6. Sitzung vom 26.1.1949, S. 27.

verwandeln“[80] warf Eckert nicht über Bord. Freiheit existierte für Eckert nur, wenn sie von der Erfüllung eines Minimums an sozialer Symmetrie abhängig zu machen war. Von sozialer Symmetrie kann in diesem Land nun wahrlich gar keine Rede sein. Die Spaltung zwischen Arm und Reich ist in keinem industriellen Land so groß wie in Deutschland. Laut der Oxfam-Studie aus dem Jahre 2017 besitzen 40 Deutsche mehr als 40 Millionen Deutsche zusammen. Das reichste Prozent der Menschheit besitzt mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen. Eckerts Forderung nach Gleichheit war, marxistisch gesprochen, „nicht mehr auf die politischen Rechte beschränkt, sie sollte sich auch auf die gesellschaftliche Lage der einzelnen erstrecken; nicht bloß die Klassenprivilegien sollten aufgehoben werden, sondern die Klassenunterschiede selbst“.[81]

Der im Potsdamer Abkommen von allen vier Mächten der Antihitlerkoalition gewollte demokratische und friedliche Neubeginn und die von den Antifaschisten im Buchenwalder Manifest[82] angestrebte „Einheit der sozialistischen Bewegung“ kamen in ganz Deutschland nicht zustande. Aus leidvollen Erfahrungen gewonnene Forderungen wurden in den Wind geschlagen.

Der deutsche Imperialismus, der schon zweimal einen Weltkrieg vom Zaun brach, ist seit langem wiederauferstanden. Wie in der FAZ zu lesen war: Berlin müsse lernen, „sich in Washington Gehör und Achtung zu verschaffen und seine eigenen Interessen geltend zu machen“. Und der kluge Kopf fügt hinzu: „Weltmacht wird man nicht im Seminarraum, durch selbstgefälliges Reden“.[83] Dies gilt übrigens ebenso für die Antikriegsbewegung.

Rückblickend auf die Jahrhundertgestalt Erwin Eckert wäre zu beto-

---

80 Das Prager Manifest von 1934. Herausgegeben vom Emigrationsvorstand der SPD. In: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt 1984, S. 114-122, hier: S. 116; selbstverständlich enthielt das vom Vorstand der SPD verfasste Dokument Forderungen nach sofortiger entschädigungsloser Enteignung der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie und nach Vergesellschaftung der Großbanken. Ebenda.

81 Marx/Engels Werke XX, S. 17.

82 Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. In: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise, a.a.O, S. 123-127.

83 FAZ vom 11.5.2018.

nen: Eckert ließ sich niemals von der Reaktion unterkriegen und reifte im Kampf gegen sie zu scharfem Urteil und konsequenter Tat. Das zeigte sich, als er Mitte der zwanziger Jahre in der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten offen an die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung trat. In Auseinandersetzung mit Marx, Engels und Lenin und der gesellschaftlichen Wirklichkeit eignete sich Eckert auf seine Weise eine materialistische Weltanschauung an, ohne jedoch seinen christlichen Glauben aufzugeben.[84]

Als einziger sozialdemokratischer Delegierter auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 in Nürnberg löste er mit seiner Parteinahme für die Sowjetunion in seiner geradezu historischen Rede „Nicht reden und anklagen, sondern Buße tun“ einen Sturm der Entrüstung aus. Bereits mit 38 Jahren trat er nach seinem Rauswurf aus der SPD – nach 20jähriger aktiver Partei-Mitgliedschaft – 1931 als erster amtierender Pfarrer der Kommunistischen Partei bei. Auf unzähligen Versammlungen in ganz Deutschland öffnete Eckert mit der KPD-Parole „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ hunderttausenden die Augen über das wahre Gesicht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und über ihre bevorstehende barbarisch antihumanistische Form im faschistischen Deutschland.

Als unbeugsamer Antifaschist überlebte er Gefängnis- und Zuchthaushaft und kümmerte sich mit seinem Sohn Wolfgang (Jahrgang 1921) nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Ludwigsburg um die ins faschistische Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter. Als Abgeordneter des Badischen bzw. ab 1952 des Baden-Württembergischen Landtages widerstand er dem Expansionsdrang des US-Amerikanischen Imperialismus und setzte sich couragiert, mit Herz und Verstand, für eine demokratische Neuordnung in ganz Deutschland und gegen die Wiederbewaffnung ein.[85]

---

84 Siehe Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a.a.O, S. 359-362. Es bleibt dem Leser nach der Lektüre dieses philosophisch-luziden Essays überlassen, ob er mit Holz den Schluss zieht, dass Eckert „wohl ein guter Kommunist, aber im Grunde mehr noch ein besserer Christ gewesen ist“ (S. 362) oder dass Eckert ein ebenso guter Kommunist wie Christ war.

85 Wohlwollende Kirchenhistoriker sehen in Eckert lediglich einen „Kommunalpolitiker“. Siehe Adolf Martin Ritter, Erwin Eckert (1893-1972). Pfarrer, Religiöser Sozialist, Kommunalpolitiker. In: Lebensbilder aus der Evangelischen Kirche in Baden im 19. und 20. Jahrhundert, Band II, Heidelberg u.a. 2010, S. 506-533.

Die Reaktion gegen seine politische Entwicklung blieb nicht aus. Das Düsseldorfer Landgericht verurteilte Eckert 1960 zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen seines seit dem Ende des 1. Weltkrieges unermüdlichen Kampfes für den Weltfrieden.[86]

Fazit: Auf seinem Weg von der Kanzel zur KP hielt Eckert bis an sein Lebensende an seinem Wahlspruch fest: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben".[87] „Als aufrechter Charakter verfolgte er unbeirrbar seinen Weg. Er ist unerbittlich gegen sich selbst, für seine Freunde aber der gütige, immer hilfsbereite Weggefährte. Er ist Vorbild für alle, die gleiche Ziele anstreben."[88]

Der außenpolitische Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses reihte Eckert hingegen 1949 in die lange Liste der 506 nicht-russischen kommunistischen Revolutionäre dieser Welt ein, unter ihnen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Mao Tse-tung und Ho Chi Minh, denen Lenin, die »Fackel der Weltrevolution« übergeben habe. Siehe DER SPIEGEL Nr. 26 vom 22. Juni 1949, S. 9. Gegenüber dem SPIEGEL bezeichnete Eckert seine Einreihung als „unverdiente Ehre". Siehe auch Rudi Goguel in einem Kondolenzbrief vom 31.12.1972 an Elisabeth Eckert anlässlich des Todes von Erwin Eckert: „Ich habe damals (1945-1950) seine universale Persönlichkeit achten und schätzen gelernt, die weit über das Heer der Funktionäre um ihn herum herausragte. Solche Menschen mit einem eigenen kritischen und unbestechlichen Urteil sind selten – auch in unseren Reihen".

In den Landtagsimpressionen der sozialdemokratischen Tagespresse „Das Volk" vom 12.5.1951 hieß es über Eckert „Die geschliffenste Rede. Ausgezeichnet in Dialektik und Stil. Nur schade eben, dass jedes Wort der bolschewistischen Propaganda diente, und vor einem westdeutschen Plenum misstönend klang."

86 Siehe Manfred Weißbecker, Auf der Anklagebank des kalten Krieges. Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozess gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee" 1959/60. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, aaO, S. 308-331; Friedrich-Martin Balzer (Hgg.), Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover und Beiträgen von Walter Ammann, Friedrich-Martin Balzer, Walter Diehl, Heinrich Hannover, Rudolf Hirsch, Friedrich-Karl Kaul, Diether Posser und Denis Noel Pritt, Köln 2006.

87 Siehe Hartmut Hensgen, *Erwin Eckert. 16. Juni 1893 in Zaisenhausen †20. Dezember 1972 in Mannheim. „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben". In: Kraichgau. Beiträge zur Landschafts- und Heimatforschung. Folge 24/2015. Herausgegeben vom Heimatverein Kraichgau unter Förderung der Stiftung" Kraichgau". 24 Seiten.

88 Franz Paul Schneider, Staatsrat a.D. Erwin Eckert. 75 Jahre alt. In: Bulletin

An Erwin Eckerts 125. Geburtstag erinnern, heißt zuallererst: sich selbstbewusst zu vergewissern, dass Kommunisten wie er bei allen Fehlern unter großen Opfern einen heroischen Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt gekämpft haben. Das heißt, im Kampf für den massiv bedrohten Weltfrieden – Kommentatoren der gegenwärtigen Konfrontation des Westens gegenüber Russland und China vergleichen die derzeitige Lage mit der Juli-Krise 1914 – im Bündnis mit allen friedliebenden Kräften an vorderster Front zu stehen und den Weg für eine sozialistische Demokratie offenhalten zu wollen. Für diese zu kämpfen heißt auch, die bestehende kapitalistische Demokratie vor ihren reaktionären Machtträgern sowie faschistoiden und neofaschistischen Bewegungen mit Zähnen und Klauen verteidigen zu müssen, die Lebenssituation der abhängig Beschäftigten verbessern zu wollen, und dies in Solidarität mit den ausgebeuteten und von Globalisierungsstrategen der Konzerne und Regierungen kapitalistischer Demokratien in andauernde Abhängigkeit gebrachten Völkern der Welt.

---

des Fränkischen Kreises Nr. 110, Juni 1968. Dem vor ein bundesdeutsches Gericht gezerrten kommunistischen Christen und Friedenskämpfer Erwin Eckert erwies auch der eher konservative Schriftsteller Albrecht Goes („Unruhige Nacht“, 1949 und „Das Brandopfer“, 1954) seine Reverenz und Solidarität, als er ihm zu seinem 70. Geburtstag 1963 schrieb: „Dem Staatsrat Erwin Eckert zum Gruß (auch wenn sich der Staat von ihm nicht raten lässt)“.

Kurzbiographie Erwin Eckert

Geboren am 16. Juni 1893 in Zaisenhausen, Kreis Bretten/Baden. Ältestes von 8 Kindern eines Hauptlehrers. Jugend in der Mannheimer Neckarvorstadt. Humanistisches Gymnasium; 1911 Eintritt in die SPD; Studium der Theologie und Philosophie in Heidelberg, Göttingen und Basel bei den Professoren Windelband, Husserl, Troeltsch, Bauer und Wobbermin; 1914 Kriegsfreiwilliger. 1919 Vikar in Pforzheim; 1920 Gründung des „Bundes evangelischer Proletarier". 1922 Verschmelzung mit dem badischen „Volkskirchenbund". 1922 Diasporapfarrer in Meersburg/Bodensee. 1923 Entwurf zu einem „Programm der evangelischen Sozialisten Süddeutschlands". 1924 in Meersburg Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands". 1925 wegen seiner antimonarchistischen und antimilitaristischen Haltung in der Frage der Hindenburgwahl durch die badische Kirchenleitung zu einer Strafe von 50 RM verurteilt. Von 1926 bis Oktober 1931 Schriftleiter des Bundesorgans „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes", ab 1931"Der religiöse Sozialist", zuletzt mit einer Auflage von 17 000; Verfasser Hunderter von Aufsätzen. 1926 öffentliche Agitation für die entschädigungslose Fürstenenteignung. Konflikt mit der badischen Kirchenleitung. Von 1926 bis 1931 geschäftsführender Vorsitzender des „Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands". Mitglied der badischen Landessynode von 1926 bis1931. 1927 Stadtpfarrer an der Trinitatiskirche in Mannheim; Vorlage einer Programmschrift „Was wollen die religiösen Sozialisten".

1928 Konflikt mit der SPD in der Frage des Panzerkreuzerbaus. Teilnahme am KPD-Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsgefahr. 1929 Vorlage eines eigenen Wehrpogramms; Juni 1929 Verurteilung zu einer Geldstrafe in Höhe von 100,- RM und zur Ordnungsstrafe der Verwarnung wegen „herabwürdigender und beleidigender Angriffe gegen die Kirche" in dem 1928 erschienenen Flugblatt „Was wollen die religiösen Sozialisten". Seit Anfang 1930 Sprecher der linken Opposition („Klassenkampfgruppe") in Baden. 1930 Beginn einer groß angelegten Verteidigungskampagne für die Sowjetunion und gegen die kirchliche „Gebetskampagne" gegen die Sowjetunion. Parteinahme für die Sowjetunion als einziger sozialdemokratischer Delegierter auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg. Von Ende November 1930 bis Juli 1931 auf 100 Versammlungen in ganz Deutschland (u. a. in München, Augsburg, Nürnberg, Tübingen, Stuttgart, Karlsruhe,

Mannheim, Kaiserslautern, Heidelberg, Ludwigshafen, Frankfurt, Düsseldorf, Köln, Münster, Ulm, Eisenach, Freiburg, Baden-Baden) gegen die Gefahr des Faschismus gesprochen. Dezember 1930 Zusammenstoß mit den Nazis in Neustadt a. d. Hardt anlässlich seiner Rede „Die große Lüge des Nationalsozialismus“. Januar 1931 wegen seiner antifaschistischen Agitation mit einem Verweis bestraft. Januar 1931 Versammlungs- und Redeverbot durch die Kirchenleitung in Baden verfügt. Februar 1931 vorläufige Enthebung vom Amt und Eröffnung eines Dienststrafverfahrens mit dem Ziel der Dienstentlassung. Sammlung von annähernd 100.000 Unterschriften badischer Protestanten gegen die Dienstentlassung Eckerts. Juni1931 zu einer Zurückversetzung im Dienstalter um 6 Jahre und zur Tragung der Prozesskosten verurteilt. Zunehmende Konflikte mit der SPD und innerhalb des Bundes wegen seiner Opposition gegen die Tolerierungspolitik der SPD und der angestrebten antifaschistischen Einheitsfront mit der KPD. 2. Oktober 1931 Ausschluss aus der SPD.

3. Oktober 1931 Eintritt in die KPD. 10. Oktober vorläufige Enthebung vom Pfarramt. Oktober/November 1931 Teilnahme an einer Delegationsreise in die Sowjetunion auf Einladung des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“. November 1931 Absetzung von seinen Ämtern innerhalb des Bundes der religiösen Sozialisten. 11. Dezember 1931 Entlassung aus dem Kirchendienst mit der Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, des Einkommens, des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Dezember 1931 Austritt aus der Kirche und dem Bund der religiösen Sozialisten. Dezember 1931 bis Februar 1933 Mitarbeiter der „Roten Fahne“ in Berlin und der „Freiheit“ in Düsseldorf. Redner auf ca.150 Massenversammlungen in ganz Deutschland (u. a. in Berlin, Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Düsseldorf, Dortmund, Hannover, Magdeburg, Breslau, Kassel, Dresden, Leipzig, Braunschweig, Essen, Solingen, Hagen, Osnabrück, Stuttgart, Karlsruhe, Ulm, Nürnberg, Frankfurt/Oder, Hamburg, Lübeck, Bremen, Stettin, Greifswald) und im Ausland (u. a. in Wien, St. Pölten, Graz, Klagenfurt, Basel, Prag, Luzern, Bern, St. Gallen, Amsterdam) gegen Faschismus und Krieg und für ein antifaschistisches Aktionsbündnis. Zeitweilige Redeverbote in Baden, Bayern, der Pfalz, Hamburg, Bremen und Berlin. Juli 1932 Reichstagskandidat der KPD in Mannheim. September 1932 Teilnahme am „Internationalen Kongress gegen den imperialistischen Krieg“ in Amsterdam.

l. März 1933 bis Juli 1933 „Schutzhaft“. Juli bis Oktober1933 Gefängnis. Illegale Arbeit bis zur Verhaftung durch die Gestapo im Juni 1936.

Mitverfasser der illegal verbreiteten Broschüre „Das proletarische Volksgericht“. Oktober 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren 8 Monaten Zuchthaus vom Volksgerichtshof in Kassel verurteilt. Anschließend unter Polizeiaufsicht bis zum Ende des „Dritten Reiches“. Nach der Entlassung aus dem Zuchthaus 1940 Anstellung bei einer Firma in Frankfurt bzw. ab 1943 in Oberwhil. Dort aufopferungsvolle Tätigkeit in der Fürsorge der im Betrieb beschäftigten Zwangsarbeiter.

November 1945 geschäftsführender Vorsitzender der antifaschistischen Bewegung „Das neue Deutschland“ in Südbaden. Lizenzträger der später von der Besatzungsmacht verbotenen Zeitschrift „Die neue Demokratie“. Januar 1946 Aufruf der KP Badens „Arbeit-Freiheit-Frieden“. März 1946 bis 1950 1. Vorsitzender der KP Badens. März 1946 „Manifest der Kommunisten Badens“. 7. März 1946 Unterzeichner einer Vereinbarung der Landesvorstände von SP und KP in der französischen Zone, einen Ausschuss zu bilden „zur Beratung aller wichtigen Fragen des Aufbaus einer neuen Demokratie und zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien, die die Voraussetzung ist für den Sieg des Sozialismus“. April 1946 Staatsrat der provisorischen Regierung Südbadens für besondere Aufgaben und Entnazifizierungskommissar. November 1946 Mitglied und Vizepräsident der verfassungsgebenden Versammlung Badens und Mitglied des ersten badischen Allparteienkabinetts als Staatskommissar für den Wiederaufbau. Abgeordneter des badischen Landtages von 1947 bis 1952. Juli 1949 mit einem Stimmenanteil von 34,7 % Oberbürgermeisterkandidat der KPD in Mannheim.

1952 bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956 Landtagsabgeordneter der KPD in Baden-Württemberg. 1953 Bundestagskandidat der KPD in Mannheim. 1950 bis 1962 Mitglied des Weltfriedensrates. Teilnahme an den Kongressen in Warschau (1950), Wien (1951), Wien (1952), Budapest (1953), Wien (1953), Stockholm (1954), Helsinki (1955), Colombo (1957), Neu Delhi (1958), Stockholm (1958), Stockholm(1959) und Moskau (1962). Von 1950 bis 1952 geschäftsführender Vorsitzender des „Westdeutschen Friedenskomitees“. In dieser Eigenschaft maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der Unterschriftensammlung unter den “Stockholmer Appell“ der Weltfriedensbewegung gegen Atombewaffnung (1950), der Volksbefragungsaktion gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung (1950), der Unterstützung des Appells der Volkskammer der DDR vom 15. August 1951 nach einer friedensvertraglichen Regelung der deutschen Frage, am Kampf gegen Abschluss und Durchführung des Generalvertrages, der Pariser Verträ-

ge und des NATO-Paktes und an der Gründung der „Deutschen Sammlung“. Juli 1952 bis zum Verbot des Friedenskomitees der BRD im März 1959 einer der leitenden Vorsitzenden des Friedenskomitees. Mai 1959 Verleihung der goldenen Friedensmedaille durch den Weltfriedensrat. November 1959 Eröffnung des Prozesses gegen Eckert und andere führende Mitglieder des Friedenskomitees der BRD wegen „Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation“. April 1960 nach 56 Verhandlungstagen Verurteilung zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung. Verfassungsbeschwerde bleibt erfolglos. Oktober 1964 Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille durch den Friedensrat der DDR „für Verdienste im Kampf gegen den deutschen Militarismus, gegen Faschismus und Krieg“. 1969 Teilnahme an einer DKP-Delegation in Dresden zur 20-Jahr-Feier der Gründung der DDR. 1971 Verleihung der Lenin-Gedächtnismedaille durch die DKP.

Gestorben am 20. Dezember 1972 in Mannheim. In einem Nachruf der DKP hieß es: “Erwin Eckert war ein hervorragender Kämpfer für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Mannheims, eine Persönlichkeit des weltweiten Kampfes um Entspannung und Frieden, für friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. Bis kurz vor seinem Tode nahm Erwin Eckert regen Anteil an der Politik der DKP. Er konnte noch erleben, wie die Ideen der Entspannung, der Verständigung und der friedlichen Koexistenz, für die er einst von der Justiz der Bundesrepublik verfolgt wurde, begannen, Wirklichkeit zu werden. Erwin Eckert, sein kämpferischer Geist, seine Hingabe zur Sache der Arbeiterklasse und sein unbeugsames Eintreten für die Ideen von Marx, Engels und Lenin werden uns immer Vorbild sein.“ Sein Tod sei „ein schwerer Verlust für die DKP und die Arbeiterbewegung unseres Landes“.

Im April 1999 bedauert eine gemeinsamen Erklärung der Präsidentin der Badischen Landessynode und des Badischen Landesbischofs, dass die Kirchenleitung den „Bruder“ Eckert „unehrenhaft“ aus dem Pfarrdienst entlassen habe, “parteiisch gehandelt“ und eine „prophetische Stimme unterdrückt“. Eine kirchenrechtliche Neubewertung steht bis heute aus.

Siehe:

Friedrich-Marton Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Köln 1973.

Heinrich Hannover: Über Erwin Eckert*

Aus der Masse der Strafverfahren, die sich in den Jahren 1951 bis 1968 gegen 150.000 bis 200.000 Personen richteten, will ich nur eines herausheben, an dem ich selbst als Verteidiger mitgewirkt habe.

Von November 1959 bis April 1960 fand vor dem Landgericht Düsseldorf das Strafverfahren gegen führende Persönlichkeiten des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland statt. Zu den Angeklagten gehörte ein Kommunist, der schon im Nazi-Reich als Widerstandskämpfer wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt wurde, der ehemalige Pfarrer Erwin Eckert, Jahrgang 1893, SPD-Mitglied von 1911 bis 1931, danach Mitglied der KPD. Als Kriegsgegner aus dem 1. Weltkrieg zurückgekehrt wurde er 1919 Stadtvikar in Pforzheim, später Pfarrer in Meersburg und ab 1927 in Mannheim. Wegen seines Eintritts in die KPD wurde er von seiner Kirche aus dem Pfarramt entlassen. Er hielt Vorträge, in denen er gegen die Gefahr des Hitler-Faschismus und des Militarismus Stellung bezog. Er sprach zum Thema „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 wird er zum ersten Mal verhaftet und sechs Monate eingesperrt. Im Juni 1936 folgt die zweite Verhaftung, Anklage und Verurteilung zu langjähriger Zuchthausstrafe. Nach dem Ende des Nazi-Reichs wird er Vorsitzender der KPD in Südbaden und Staatsrat in der Regierung Südbadens. Von 1947 bis 1952 Abgeordneter im ersten badischen Landtag, dann bis 1956 Angeordneter im baden-württembergischen Landtag. 1949 kandidiert Eckert als Kommunist für das Amt des Oberbürgermeisters in Mannheim, der Stätte seines einstigen Wirkens als Pfarrer, und erhält, obwohl der Gegenkandidat von SPD, CDU und FPD unterstützt wird, 35 % aller abgegebenen Stimmen.

Seine Arbeit im Friedenskomitee verstand Eckert als logische Fortsetzung seiner aus dem Erleben des 1. Weltkriegs resultierenden Friedensarbeit in der Vor-Hitler-Zeit. Für den Staatsanwalt war Eckerts Friedensarbeit nur eine Tarnung für seine eigentliche Absicht, die Diktatur

---

* Aus dem Vortrag von Heinrich Hannover: Die vergessenen Widerstandskämpfer – 22.8.2007
https://bremen.vvn-bda.de/2007/08/22/vortrag-die-vergessenen-widerstandskampfer/

des Proletariats und die kommunistische Weltrevolution herbeizuführen. Er warf Eckert vor, er benutze „seine Gabe, brillant zu formulieren und die in der Öffentlichkeit bekannte Tatsache, daß er früher Pfarrer gewesen ist, verbunden mit seinen dialektischen Fähigkeiten, um viele Personen dem kämpferischen Kommunismus zuzuführen, die diesen Weg nicht gegangen wären, wenn er von dem Angeklagten nicht so hervorragend getarnt worden wäre.“ Das Gericht, bestehend aus drei Berufsrichtern und zwei Schöffen, war der gleichen Ansicht und weigerte sich, die von der Verteidigung vorgelegten Beweismittel über die Friedensarbeit der Angeklagten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und lehnte unsere Beweisanträge ab. Auf dem Hintergrund des im CDU-Staat herrschenden antikommunistischen Zeitgeistes konnten sie die Friedensarbeit von Kommunisten nur als Tarnung ihres wahren Zieles verstehen, die BRD gegenüber dem drohenden Überfall der Sowjets wehrlos zu machen. Dass in Düsseldorf nicht nur Kommunisten, sondern auch Nichtkommunisten auf der Anklagebank saßen und dass die Verteidigung etwa 50 Zeugen aus der Weltfriedensbewegung präsent gestellt hatte, die der angeblichen Verfassungsfeindlichkeit des Friedenskomitees widersprachen, beeindruckte die Richter und Schöffen in keiner Weise. In ihren Augen waren das eben alles „nützliche Idioten“, die sich von den Kommunisten über deren wahre Absichten hatten täuschen lassen. Das Urteil gegen Eckert lautete auf neun Monate Gefängnis – zur Bewährung ausgesetzt – wegen Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung (damaliger § 90 a).

Wenn ich Erwin Eckert als Beispiel für vergessene Widerstandskämpfer anführe, soll das nicht heißen, dass niemand mehr wüsste, wer Erwin Eckert war. In dem von Friedrich-Martin Balzer 1993 im Pahl-Rugenstein-Verlag herausgegebenen Buch „Ärgernis und Zeichen“ mit dem Untertitel „Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben“ haben 15 Autoren, darunter Theologen und Wissenschaftler wie Hans-Werner Bartsch, Frank Deppe, Georg Fülberth, Hans Heinz Holz und Helmut Ridder, dieser bedeutenden Persönlichkeit des deutschen Widerstands gedacht. Und das ist nicht die einzige Veröffentlichung über Eckert. Aber im kollektiven Bewusstsein der Zeitgenossen kommt er ebensowenig vor, wie der sozialistische Widerstand überhaupt.

Der Düsseldorfer Prozeß gegen die deutschen Repräsentanten der Weltfriedensbewegung fand in der internationalen Presse große Beachtung, während die westdeutsche Öffentlichkeit so gut wie nichts von diesem fünf Monate dauernden Prozess erfuhr. Die Unterdrückung un-

erwünschter Informationen funktionierte, ohne dass es dazu noch eines Propagandaministeriums bedurfte. Und wer in offiziellen Archiven nach den Prozessakten forscht, wird vergeblich suchen, da die zuständige Staatsanwaltschaft die Akten und die von uns vorgelegten etwa 600 Dokumente zur Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung, zur Vorbereitung des nächsten Krieges und zur Opposition gegen diese Staatsaktionen als historisch uninteressant bewertet und die Vernichtung veranlasst hat.

Es wäre viel zu lernen gewesen, nicht nur aus dem eindrucksvollen Lebenslauf des antifaschistischen Widerstandskämpfers Erwin Eckert, sondern auch aus der im Düsseldorfer Prozess von 1959/60 dokumentierten Arbeit des Friedenskomitees. Schon damals hätten die Deutschen aus den von der Verteidigung vorgelegten Beweismitteln erfahren können, dass der Weltfrieden nicht, wie es die Adenauer-Propaganda behauptete, von der Sowjet-Union gefährdet wurde, sondern von den USA und deren treuestem Vasallen, der deutschen Bundesregierung. Ein Thema, das ich an anderer Stelle (Sonderdruck der Zeitschrift „Ossietzki“: „Befreiung auf amerikanisch“) ausführlicher behandelt habe. Aber wir leben noch immer in einer von den Volksverdummungsstrategien der Adenauer-Zeit beeinflussten Medienumwelt, in der geschichtliche Informationsdefizite von den Sprechern und Schreibern der herrschenden Klasse geflissentlich aufrechterhalten werden.

Doch wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, dass eine zukünftige Generation, die auf ihre von Adenauer repräsentierten Groß- und Urgroßväter keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht und deren Ungeist überwunden hat, sich der Widerständler erinnern wird, die schon vor Hitler und auch nach Hitler mit dem Mut der freien Rede gegen den im kapitalistischen System wurzelnden Faschismus und Militarismus gekämpft haben. Schon Gustav Heinemann hat daran erinnert, dassdeutsche Geschichte außer Untertanengeist und Massenmord auch Widerstand, freiheitliche Rebellion und Solidarität mit Unterdrückten kennzeichnet. In diesem Geiste könnte deutsche Geschichte, beginnend mit den Revolutionären von 1848/49 bis hin zu den antifaschistischen Widerstandskämpfern des 20. Jahrhunderts, neu geschrieben werden, eine Geschichte, der wir uns nicht zu schämen bräuchten.

Chronologie

28. Februar 1933	Eckert wird nach dem Reichstags brand in Schutzhaft genommen und nach einer Gefängnisstrafe wegen un angemeldeten Waffenbesitz am 17. Oktober 1933 aus dem Gefängnis in Düsseldorf-Derendorf entlassen
13. Juni 1936	Eckert wird verhaftet und am 9.10.1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt
7. Juni 1940	Eckert wird aus dem Zuchthaus Ludwigsburg entlassen
Anfang 1941	Eckert findet eine Anstellung als kaufmännischer Angestellter in Frankfurt/Main
7. April 1944	Der Betrieb wird nach Oberwhil aus gelagert
4.-11. Februar 1945	Konferenz von Jalta
20. April 1945	Französische Truppen befreien Eckert in Oberwihl
8./9. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation
17.7.-2.8.1945	Potsdamer Konferenz
15. November 1945	Die von Eckert beantragte Bewegung „Das Neue Deutschland. Antifaschistische Bewegung für demokratischen Aufbau“ tritt an die Öffentlichkeit
1. Dezember 1945	Eckert wird mit den meisten Stimmen zum Vorsitzenden der Antifa-Bewegung im Bodenseegebiet gewählt.
15. Januar 1946	In der französischen Zone werden von der Militärregierung Parteigründungen genehmigt

7. März 1946	Die Vorstände von SP und KP beschließen einen Ausschuß zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien
15. März 1946	Das Einheitsorgan beider Parteien wird von der französischen Militärregierung verboten
30./31. März 1946	Eckert wird zum Vorsitzenden der KP im Land Baden gewählt
24. Mai 1946	Eckert hält seine erste Rede auf dem Mannheimer Marktplatz nach 1945
24. Mai 1946	Kurt Schumacher beschimpft in Heidelberg Kommunisten als „rot lackierte Nazis“
25. Mai 1946	Erwin Eckert antwortet mit einer Rede in Heidelberg
13. Juli 1946	Die KP verabschiedet den Aufruf „Arbeit-Freiheit-Frieden“
6. September 1946	Der US-Außenminister Byrnes verkündet in einer Rede in Stuttgart die Änderung der amerikanischen Außenpolitik
17. November 1946	Eckert wird zum Mitglied der beratenden Landesversammlung gewählt
22. November 1946	Die Beratende Versammlung tritt in Baden erstmals zusammen
1. Januar 1947	Auf Beschluß der US-amerikanischen und britischen Besatzungsmacht wird die Bi-Zone errichtet
10.3.-24.4.1947	Moskauer Außenministerkonferenz
11. April 1947	Eckert lehnte einen Gottesbezug in der Präambel der Badischen Landesverfassung ab
14. April 1947	Eckert setzt sich kritisch mit der

	„Rechtspflege“ auseinander
15. April 1947	Eckert entwickelt im Landtag ein Programm für demokratische Neugestaltung der Wirtschaft
16. April 1947	Eckert lehnt Entwurf der badischen Landesverfassung ab
21. April 1947	Eckert verweigert die Zustimmung zur Badischen Landesverfassung und plädiert für die Verfassung einer einheitlichen demokratischen Republik.
18. Mai 1947	Erste Wahl zum Badischen Landtag
5. Juni 1947	Ministerpräsidentenkonferenz in München
25.11.-15.12.1947	Londoner Viermächtekonferenz
4. Februar 1948	Eckert unterzieht Agrarreformgesetz einer scharfen Analyse
23.2.-2.6.1948	Die Londoner Sechsmächtekonferenz beauftragt die drei westlichen Militärregierungen, die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder anzuweisen, einen parlamentarischen Rat einzuberufen.
20. März 1948	Die fünf Staaten der Westunion gründen den Brüsseler Bündnispakt
3. April 1948	US-Kongress beschließt Marshallplan
20.4.-2.6.1948	Sechsmächtekonferenz in London
27. April 1948	Die Delegiertenkonferenz der KP in den drei Westzonen beschließt die Umbenennung der KP in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands“
5. Mai 1948	Eckert setzt sich im Parteiorgan für die Umbenennung der KP ein
9. Mai 1948	Landesvorstand der SVPD beantragt

„Vorwärts zur neuen Demokratie“

Rede von Erwin Eckert am 24. Mai 1946 auf dem Mannheimer Marktplatz

Verehrte Versammlung, Genossen und Genossinnen!

Es sind jetzt bald 15 Jahre, daß ich hier in Mannheim im Rosengarten im Nibelungensaal in einer gewaltig überfüllten Versammlung mit den Freunden, die damals wußten, daß es notwendig sei, eine Einheitsfront zu gründen, in die Kommunistische Partei eingetreten bin.

Ich habe es nicht nur nicht bedauert, daß ich das getan habe, ich habe oft gedacht, es wäre besser gewesen, ich hätte es früher getan, um mit vielen anderen frühzeitig genug eine Front aufzurichten, die die „Machtergreifung“ der Nazis unmöglich gemacht hätte. Viele Jahre sind vergangen seither. Wenn ich heute wieder unter Euch bin, bin ich erschüttert zu sehen, daß wir mitten in den Trümmern der Stadt zusammengekommen sind.

Wir müssen uns klar werden, was soll geschehen, um eine neue bessere Zukunft uns zu schaffen.

Durch die Straßen, durch die ich eben gefahren bin, ging ich in den letzten drei Jahrzehnten wie oft, und es zieht vor meinem geistigen Auge der Schicksalsweg des Mannheimer kämpfenden Proletariats vorüber. Kaum der Jugend entwachsen, war ich damals im Rosengarten unter den jungen Arbeitern gestanden, und es sprach Ludwig Frank. 1914, der Weltkrieg brach aus. Wir hofften, daß es ein Krieg sei, der der arbeitenden Masse eine neue Ordnung geben würde. Wir kamen zurück wieder nach Mannheim 1918. Das alte Reich war geschlagen, der Kaiser fort – Schluß mit dem Krieg. Wir glaubten, der Friede sei gekommen auf eine lange Periode. Zu 10.000 demonstrierten wir durch die Straßen Mannheims für Demokratie und Sozialismus. Wir hofften damals, daß es möglich wäre, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu bauen, in der sich nicht mehr die Arbeitermassen in einen Krieg locken ließen und die Erfüllung ihrer Sehnsüchte für sie und ihre Kinder erfüllt würden.

Ich weiß, daß wir damals überzeugt waren, es gäbe einen Weg über die Demokratie zur Sicherung der menschlichen Rechte und zur Sicherung des Lebens für die armen Proleten und ausgebeuteten Massen. Wie bald mußten wir einsehen, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt.

Dann kamen die enttäuschten Hoffnungen, der Versuch der SPD durch die Mittel der Demokratie eine Basis zu schaffen für die zukünftige Neugestaltung des Landes. Am Schluß spürte man es, daß wir uns auf andere Wege besinnen müssen. Es geht nicht, daß wir glauben, mit der Demokratie die Sicherung des Lebens für alle durchführen zu können. Es ist ausgeschlossen, daß wir so ein neues Deutschland bauen können.

Genossen und Genossinnen, verehrte Versammlung! Ihr wißt, wie schwer es damals für uns in Mannheim ausgesehen hat. Die Spannung in der SPD war groß. Der linke Flügel wollte nicht mehr mitmachen. Er wußte, es geht nicht mehr so weiter. Am Ende wird die Diktatur stehen, der Unternehmer, das Schwerkapital, SS, Großgrundbesitzer, SA-Horden und das Ende der Arbeiterklasse und der Krieg.

Damals, Genossen von der SPD, hättet Ihr die Pflicht gehabt, diese Fehler einzusehen und zusammen mit der KPD eine Einheit zu bilden, wodurch niemals der Nationalsozialismus entstanden wäre. Da wir das nicht wollten, haben wir uns von Euch getrennt und sind zur KPD gegangen, um uns für diese neue Ordnung einzusetzen, für die Gestaltung des Friedens und für die Niederhaltung der drohenden bürgerlich-kapitalistischen Diktatur.

Und wenn man heute sagt, die Kommunisten sind die Leute, die die Diktatur wollen, und wir können keine Diktatur mehr brauchen, dann sagen wir jedem: Wir waren 1932 und 1933 dafür, daß das geeinte Proletariat gegenüber der drohenden Diktatur der Bourgeoisie im Abwehrkampf die Gefahren, die ihm drohen, niederkämpfen muß, und wenn ich damals zur KPD ging, dann ganz bewußt auch als Pfarrer, weil ich wußte, daß es besser ist, wenn einige von uns ihr Leben verlieren und, wenn es sein muß, im Bürgerkrieg, als daß Millionen zu Grunde gingen. Es ist sicher, daß wir, wenn wir damals diese Einheit gehabt hätten, noch am Tage der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten dies hätten verhindern können. Warum

hatte man das „Reichsbanner“ geschaffen und die „Eiserne Front“, wenn man im Augenblick, wo es nötig war, nicht mit dem Roten Frontkämpferbund zusammen bereit war, den Krieg dem Faschismus zu erklären?

Ich war damals in Düsseldorf und wußte, daß es nur diesen einen Ausweg geben konnte. Die Gewerkschaften wollten wir aufrufen und wollten den Generalstreik am 30. Januar 1933. Ich stand in Düsseldorf und habe einen Stoß Flugblätter unter dem Arm gehabt: „Arbeiter und Arbeiterinnen, heraus aus den Betrieben! Generalstreik! Besetzt die Fabriken, die Gewerkschaftshäuser, die Arbeiterviertel, bevor die SA und SS uns niederschlägt und Krieg und Vernichtung über die Welt bringen.“

Da kam ein Genosse von der Redaktion der „Freiheit“ und sagte: Es hat keinen Zweck, die Gewerkschaftsführung hat durch das Radio durchgegeben, daß es keinen Generalstreik gibt.

Genossen von der SPD und Gewerkschaftler, soweit Ihr da seid: Denkt daran, daß das, was damals geschah, eine Lehre ist für die Gegenwart und die Zukunft. Dann begann der große Jammer, und das Ende ist das, was Ihr jetzt vor Euch seht.

Dann begann es im Jahre 1933 mit dem Reichstagsbrand!

Hättet Ihr damals geschlossen und eindeutig gewagt, die antifaschistische Einheitsfront zu bilden, damals hätten wir entschieden über die Gegenwart und die Zukunft. Wir hätten noch unsere Betriebe und hätten keinen Krieg gehabt. Die Millionen Männer – 34 Millionen Tote – würden uns nicht anklagen, wir wären nicht ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Völker. Deutschland wäre nicht zerrissen in Zonen; wir wären nicht so vernichtet, daß kaum mehr Hoffnungen da sind. Wir würden nicht in Trümmerhaufen leben müssen. Unsere Jugend hätte nicht ein leeres Herz, sie hätte Aufgaben. All die Millionenwerte, die durch den Krieg verloren gingen, könnten eingesetzt werden für den Neuaufbau Deutschlands.

Die ganze Schicht der Intellektuellen und klugen und gebildeten Leute, die intelligent sein wollen, haben sich in den Dienst des Faschismus und in den

Dienst der Zerstörung und Vernichtung unseres Volkes und der Welt gestellt. Sie kommen überhaupt nicht in Frage. Die wenigen, die dort Widerstand geleistet haben, werden sich aus der ganzen Schicht herausarbeiten müssen. Die ganzen bürgerlichen Kreise, die deutschnationale Volkspartei, glaubt Ihr, daß die verschwunden sind? Sie finden sich überall zusammen. Es gibt in Hamburg eine „Hamburger Rechte", in Hannover gibt es eine Partei, die spricht ganz offen aus, daß die heilige Pflicht unseres Volkes und die richtige Staatsordnung die Monarchie wäre. Es gibt eine ganze Menge von politischen Organisationen, die die Möglichkeit der Demokratie ausnützt, um sich zusammenzufinden im gleichen Sinne wie 1914-18, und die das deutsche Volk am Neuaufbau stören will. Hinter der CDU kann ja niemand anderes stehen als das Zentrum. Wir haben uns vorgenommen – wir Kommunisten –, daß wir die Vergangenheit begraben sein lassen wollen, sonst würden wir denen, die sich heute als „Antifaschisten" aufspielen, einiges vorhalten, was sie an Schuld auf sich tragen.

Wir sagen: Ist diese CDU bereit und hat sie eine Möglichkeit für den Neuaufbau Deutschlands? Was sind das für Leute? Was wollen sie? Sie wollen Deutschland im christlichen Sinne neu aufbauen. Sie sagen, wenn das deutsche Volk nicht abgefallen wäre vom Christentum, wäre der Nationalsozialismus nicht gekommen. Dies zeigt, welche politische Unerfahrenheit in jenen Reihen ist. Wir wissen genau, warum der Nationalsozialismus kam. Er kam, weil der Kapitalismus in seinem letzten entscheidenden Kampf um seine Selbsterhaltung die schlimmsten Mittel anwenden mußte, um sich noch am Leben zu halten. Der Kapitalismus und seine Vertreter haben es großartig fertiggebracht, Millionen Menschen ermorden zu lassen, um sich am Leben zu halten. Und da kommen Leute, die meinen, man könne es so erklären, weil das deutsche Volk vom christlichen Glauben abgefallen ist. Wenn es der christlichen Kirche ernst gewesen wäre, mit ihrem Kampf gegen den Faschismus, hätten alle Pfarrer, Priester, Erzbischöfe und der Papst sich entschlossen gegen diese Pest wenden müssen, bevor er zur Macht kam.

Sie haben es aber nicht nur nicht getan, sondern es ist Tatsache, daß die christlichen Kirchen in Hitler den Retter der abendländischen Kultur und des Christentums sahen.

Es ist sinnlos zu glauben, daß etwa die Zusammenfassung der CDU irgendetwas Politisches für unser Volk, die neue Demokratie und die Sicherung des Aufbaus bedeuten kann. Dort sind alle möglichen Leute künstlich zusammengebracht, Protestanten und Katholiken, alle finden sich dort zusammen, die Angst haben vor der sozialistischen Entschlossenheit und vor allem vor den Kommunisten. Die Angst vor den Kommunisten treibt sie zusammen. Aber das ist keine Voraussetzung einer konstruktiven Erneuerung unseres Volkslebens.

Warum ist das so, daß sie gegen die Kommunisten und Sozialisten kämpfen? Ich will es Euch sagen: Noch ist es in unserem Volk nicht deutlich genug – trotz aller Trümmer und aller Zerstörung –, daß mit vollkommen neuen Mitteln und Methoden die Zukunft aufgebaut werden muß. Noch träumen sie davon, daß man das Alte wieder auffrischen könne. Da spricht man in unserem Volk: Schade, daß wir den Krieg verloren haben. Eine solche Einstellung ist nicht dazu angetan, eine neue Ordnung zu schaffen.

Wer kann und muß das Fundament der zukünftigen Neugestaltung des Lebens bilden? Niemand anders als die Werktätigen in Stadt und Land, denn sie sind es, die die Voraussetzungen für das Leben schaffen, die die Häuser wieder aufbauen werden, Verkehrsmittel in Ordnung bringen, die dem Land Brot schaffen und arbeiten für alle.

Das Fundament kann nur die Einheit der werktätigen Masse sein. [...] Wie soll diese Einheit entstehen? Sie muß zunächst ihren Schwerpunkt finden in dem Zusammenschluß der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zu einer Einheitspartei. Ich weiß sehr wohl, daß dagegen vieles eingewendet wird und daß Genosse Schumacher den Kommunisten alle möglichen Dinge vorwirft, und auch die Genossen Sommer und Trumpfheller, die ich noch gut kenne, von denen ich glaube, daß sie das Rechte wollen, aber das Verkehrte tun. Ich kann nur sagen, es ist absolut sinnlos, solche Einheitshemmungen in den Vordergrund zu stellen, die gar keine Hemmungen bedeuten dürfen.

Man sagt, die Einigung wird dadurch verhindert, daß die Kommunisten nicht eine deutsche Partei sind, sondern eine Partei, die abhängig ist vom

Ausland, natürlich von der Sowjetunion. Wir Kommunisten sind ja schließlich Marxisten, d.h. unsere politische Tätigkeit nimmt ihre Maßstäbe aus der Erkenntnis der gegebenen Situation in jedem Land. Wir wissen, daß das, was vor 1932-33 richtig war, heute absolut falsch wäre, denn nach diesen 12 Jahren ist das Machtinstrument des Monopolkapitalismus – der Hitlerstaat – zertrümmert. Heute ist diese Organisation zerschlagen und zerschmettert. Heute haben wir nur eines durchzuführen, nämlich die breite Masse zusammenzufassen zu einer großen Einheit in Deutschland. Darum denken wir nicht daran, etwa uns von irgendeiner ausländischen Macht unsere Parolen zum politischen Kampf geben zu lassen. Für uns kommt es darauf an, den richtigen Weg in der Gegenwart zu finden, der in der Zukunft ein besseres Deutschland bauen wird.

Wir Kommunisten wollen keine Politik weder nach dem Osten, noch nach dem Westen. Wir wollen aber auch nicht, daß aus Deutschland ein Niemandsland wird, daß Deutschland mitten zwischen dem Ost- und dem Westblock steht. Wir erkennen überhaupt keinen Ost-und Westblock an. Wir kennen nur Völker, die aus der Katastrophe des Vergangenen so viel gelernt haben werden, daß es nie mehr zu einem Krieg kommen kann. Wir wollen, daß Deutschland nicht zum Spielball werde für die Interessen der einen oder anderen politischen Konstruktion. Wir wollen, daß aus Schutt und Trümmern, aus Not und Grauen ein Volk sich wieder zusammenfindet mit einer anderen, neuen Erkenntnis und nicht mit militärischer Gewalt, ein Volk, das die sozialistische Ordnung aufbaut und damit die sinnvolle Lebensgestaltung für alle ermöglicht.

Was wirft man uns sonst noch vor? Man sagt, die Kommunisten haben noch nicht einmal in ihren eigenen Reihen Demokratie. Über diese Demokratie in den eigenen Reihen sollen die Sozialdemokraten nichts sagen. In dem Augenblick, als prominente Genossen von ihnen die Einheitspartei vorbereiteten, wurden sie ausgeschlossen wegen Verrat an der Partei, und wer sich für die Vereinigung der KPD mit der SPD einsetzt, schließt sich aus der SPD aus. Das ist keine Demokratie innerhalb der Partei. Ich weiß, die Arbeiter und die kleinen Leute, d.h. die Mitglieder der SPD, wollen die Vereinigung. Genossen von der SPD, hört auf das, was die Proletarier in den Betrieben wollen. Sie wollen die Einheit und wissen, daß ohne die Einheit keine Zukunft für das deutsche Volk möglich ist. – Ich kann Euch mitten im Re-

gen keinen Vortrag über Demokratie halten. Aber den werden wir halten, wenn wir die Möglichkeit dazu in einer großen Halle haben.

Demokratie bedeutet nicht, daß jeder machen kann, was er will, und jeder glaubt, einen neuen Laden aufmachen zu können. Es heißt Sicherung des Volksganzen, alle Lebensbestimmungen durch das Volk selbst, durch die Herrschaft des Volkes. Das Fundament des neuen Staates muß das werktätige Volk sein und nicht die anderen.

Genossen, was sagt die SPD noch? Warum will sie die Vereinigung nicht? Sie sagt, wir wollen ja doch gemeinsam schlagen, aber getrennt marschieren. Das habe ich schon einmal gehört. Das sagten sie 1932 auch. Warten bis die Wahlen vorbei sind, dann wollen wir sehen, welche Machtverhältnisse jede Partei hat. Wir wissen, daß bei solchen wesentlichen politischen Dingen nicht etwa die gegenwärtige politische Situation das Entscheidende ist, sondern einzig und allein die richtige politische Erkenntnis. Wir Kommunisten machen uns daraus nichts, wenn bei Wahlen so wenige Leute Kommunisten wählen. Das zeigt nur, daß die Kommunistenhetze und die politische Unerfahrenheit unseres Volkes noch so stark sind, daß es nach dem Ganzen der Vergangenheit die Menschen immer noch nicht begriffen haben. Wir wissen ganz genau, daß in einigen Jahren auch die, die heute nicht mit uns gehen, sagen werden, warum waren wir so töricht und haben nicht damals schon den Weg, den die Kommunisten gezeigt haben, beschritten, um uns einen Umweg und den Jammer zu ersparen.

Wer Kommunisten wählt, der beweist damit durch seine Stimme, daß er trotz aller Hetze gegen die Kommunisten erkannt hat, den Weg der Pflicht zu gehen.

Nun Genossen von der SPD, es ist so schade, daß wir nicht wenigstens miteinander in den Aktionsausschüssen beisammen sind. Es gibt doch nichts, was uns voneinander trennt, 1932 konnte man über den Weg verschiedener Meinung sein. Ihr habt Fehler gemacht, und wir haben auch Fehler gemacht. Wir haben viel zu sehr auf die SPD hineingehauen, als ob sie unser Hauptgegner wäre und haben nicht das richtige Verständnis gehabt. Heute, nachdem wir das alles sehen und kennen, warum sollten wir uns nicht

zusammenfinden?

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihr Angst habt, von den Kommunisten aufgeschluckt zu werden. Genossen der SPD, Ihr habt Angst, daß die Organisation der Kommunisten Euch überflügelt. Schumacher sagt: Die Kommunisten haben nur eines, sie haben Disziplin. Da bekommt er es schon mit der Angst zu tun, daß er etwas Gutes über uns gesagt hat, und fährt fort: Die preußischen Militaristen haben ja auch Disziplin gehabt, und es ist das Preußentum unter Hammer und Sichel. Wenn Schumacher in seiner letzten Rede auf dem Parteitag gesagt hat, daß wir wie eine Puppe am Gängelband einer ausländischen Macht benutzt werden, dann ist das auch keine Methode, über Dinge zu sprechen. Wir sagen nicht, daß Schumacher eine Puppe in der Hand der englischen Arbeiterpartei ist. Wir wollen die Einheit und werden sie auch haben. Sie wird sein, weil es keine andere Rettung aus der Gegenwart und keine neue Fundamentierung des politischen Lebens gibt. Darum wollen wir sie haben. Wenn nun die SPD übermorgen eigene Listen aufstellt und es wahrscheinlich auch bei Euch abgelehnt hat, gemeinsame Listen aufzustellen, so soll Euch das nicht abhalten, Kommunisten zu wählen, damit Ihr zum Ausdruck bringt: die Kommunisten haben trotz aller Hetze Vertrauen in unserem Volk.

Was wird über die Kommunisten alles gesagt und zwar indirekt: Hört mir auf damit, die Kommunisten sind der russische Bolschewismus, die üben ein Regiment aus nach russischem System. In der russischen Zone, da sind die Zustände grauenhaft, dort werden sämtliche Frauen jeden Monat mindestens zwei Mal vergewaltigt usw. Alles wird abmontiert, dort haben die Leute nichts zu essen. Ja, es gibt dort Leute, die nicht viel zu essen haben, das sind die, die nicht gewillt sind, etwas zu arbeiten. Diejenigen, die viel arbeiten müssen, bekommen auch mehr zu essen, und diejenigen, die die Last der Verantwortung zu tragen haben, haben auch bessere Wohnungen. Diejenigen, die für die neue Demokratie arbeiten, können auch ihre Kinder auf die Hochschulen schicken, ohne daß sie das nur einen Pfennig kostet. Die Fabriken werden nicht stillgelegt oder von den Nazis weitergeführt, sondern sie werden von der werktätigen Masse und ihren Vertrauensmännern weitergeführt. Dort ist die Demokratie durch die Volksherrschaft sichergestellt. Wo ist bei uns etwas Wesentliches geschehen?

Wo ist ein Fundament des Neuaufbaues unseres wirtschaftlichen Lebens? In dieser Zeit, in der die Ernährung am schwierigsten ist, wo wir Not und Hunger vor uns sehen, müssen Männer ans Ruder kommen, die alles tun, um die Ernährung sicherzustellen. Ihr werdet sagen: Es ist ja nichts da. Aber es gibt noch genug, wenn alles richtig erfaßt wird und nicht die einen die Möglichkeit haben, durch Schwarzhandel alles an sich zu bringen. Eine neue Wirtschaft aufbauen, heißt, daß die Betriebe, die noch nicht angelaufen sind, nur dann etwas zu tun vermögen, wenn die Genossen Einfluß haben auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Darum fordern wir, daß die Gewerkschaften bei allen wesentlichen Fragen des Wirtschaftslebens mitgehört werden müssen. Wir wollen, daß die breite Schicht der Angestellten, Ingenieure und all der Leute, die eben nicht an der Maschine stehen, miteinbezogen werden in den großen Prozeß der wirtschaftlichen Umgestaltung und in den Betrieben eine neue Form der Zusammenarbeit ist. Die Wirtschaft Deutschlands wird ständig eine industriell bestimmte Wirtschaft sein müssen. Es ist unmöglich etwa zu glauben, daß Deutschland ein Agrarstaat sein wird, daß wir durch die Landwirtschaft uns selbst am Leben erhalten können. Wir müssen durch die Hereinnahme von Rohstoffen und Fertigung von hochqualifizierten Artikeln unserem Volk die Möglichkeit geben, im Ausland eine Rohstoffbasis zu gewinnen.

Wir Kommunisten haben einen schweren Stand, weil man sagt, die Kommunisten haben ja Angst vor der Zukunft, und sie wollen die Vereinigung ja nur, weil sie blutarm geworden sind. Wir wissen, daß es im Augenblick so aussieht. Wir haben aber vor der Zukunft nicht nur keine Angst, sondern wir wissen, daß die Zukunft sozialistisch sein wird, oder sie wird überhaupt nicht mehr sein.

Wie wir uns die allgemeine Struktur vorstellen: Wenn das, was hinter uns liegt, überhaupt einen Sinn haben soll und alles, was wir mitgemacht haben, einen Sinn gehabt hat, und wenn wir gelernt haben aus dem Nationalsozialismus, dann gibt es nur eines, daß wir entschlossen einen ganz neuen Weg beschreiten, daß wir mit den Vorurteilen der Vergangenheit aufräumen und beginnen zusammenzufinden und eine neue geistige Struktur in unserem Volke aufbauen.

Unsere Jugend rufe ich in diesem Augenblick. Vor wenigen Wochen bekam ich einen Brief von einem jungen Menschen etwa folgenden Inhalts: „Sehr geehrter Herr Pfarrer! Zu Ihnen habe ich Vertrauen. Ich muß Ihnen einmal schreiben. Ich bin 27 Jahre alt, war Major im Krieg, von Beruf bin ich Abiturient. Ich habe gekämpft für das Dritte Reich. Ich hätte mich für Hitler in Stücke reißen lassen. Ich habe geglaubt und gehofft, daß wirklich 1933 eine neue Periode für unser Volk beginnt. Eine Periode eines Deutschlands voll Ruhm und Ehre, voll Herrlichkeit. Ich habe an ein Deutschland der Ehre, Sauberkeit, Tapferkeit und Treue geglaubt, in dem Frieden sein wird, in dem Gemeinnutz vor Eigennutz steht, in dem der Klassenkampf aufhört. Dafür habe ich gekämpft und war draußen und habe eines meiner Beine verloren und mir wurde ein Arm abgeschossen. Ich habe gemeint, wenn ich mich einsetze bis zum Letzten, wenn ich dann zurückkäme, hätte ich ein Recht mitzuarbeiten. Ich habe geheiratet und ein kleines Kind, und jetzt ist es so, daß ich völlig verzweifelt bin und alles leer und öd ist. Daß ich mein Leben hinwerfen würde, wenn nicht meine Frau, mein Kind und meine Eltern wären. Es hat doch gar keinen Sinn, daß ich noch lebe?“

Ein anderes Schreiben: „Jetzt sollen wir ausgeschlossen werden aus dem Studium, aus dem politischen Leben, aus der Zukunft. Was haben wir für Schuld daran? Wir haben nichts gewußt vom Marxismus und was es bedeutet, was uns von Hitler vorgeredet wurde. Warum wollt Ihr uns ausschließen? Schließt die aus, die erfahren und alt genug gewesen sind, um die Gefahren zu sehen, die am politischen Horizont aufgetreten sind.“

So ist die Jugend. Greift uns das nicht ans Herz, wenn wir die jungen Menschen in dieser Verfassung sehen? Wollen wir sie von uns wegstoßen? Sie sich selbst überlassen? Ihnen sagen, Ihr wart Hitlerjugend? Wollen wir nicht begreifen, daß so mancher, der auch hier unter Euch ist, nur deshalb nicht in der NSDAP war, weil sie ihn nicht genommen haben, oder weil er keine Gelegenheit dazu hatte dazu? Das heißt, so entschlossen wir sind, gegen die Reste des Nationalsozialismus, der unsere besten Genossen gekostet hat, zu kämpfen, so entschlossen sind wir aber auch, die jungen Menschen zu uns heranzuziehen, ihnen neue Ideen zu geben, sie zu erfüllen mit Hoffnung, Begeisterung und Zuversicht.

Was können wir ihnen sagen? Wir können sagen: Seht, Ihr habt früher gehört, daß der Krieg und Soldatentum das Heiligste sei für einen Menschen. Ihr habt gemeint, wenn Ihr das Ritterkreuz habt, Ihr seid Helden. Ihr könnt Helden werden, wenn Ihr Euch bemüht, wenn Ihr alles, was Ihr an Kraft habt, herzugeben. Ihr habt ein Ziel vor Euch, wenn Ihr mit der werktätigen Masse kämpft für den Neuaufbau Deutschlands. Wenn Ihr mit uns gemeinsam kämpft für die sozialistische Gesellschaftsordnung, die es unmöglich macht, daß jemals wieder ein Krieg über uns und Europa kommt. Wir wollen Euch helfen und nicht wegstoßen. Kommt zu uns!

Ein Wort zu denen, die schuld sind an den gegenwärtigen Verhältnissen. Ich meine ein Wort zu der Säuberung. Ihr wißt, daß ich in der südfranzösischen Zone zum Staatsrat ernannt bin und als Präsident des Ausschusses die Gewähr dafür zu bieten habe, daß die politische Reinigung schnell und nachdrücklich vollzogen wird. Das ist notwendig, weil der Boden, auf dem das Neue gebaut werden soll, gesäubert werden muß. Es sieht noch sehr schlimm aus. Ich habe manchmal das Gefühl, als ob dieses Gesetz in der amerikanischen Zone eher dazu beitragen wird, daß eine Rehabilitierungsmöglichkeit gegeben ist als eine Reinigungsorganisation. Ich habe das Gefühl, daß das Gesetz denen hilft, die Rechtsanwälte bestellen können und denen, die Auslandssprachen beherrschen, sich aus der Verantwortung herauszuziehen. Ich fürchte, daß man die Kleinen, wie Straßenbahnschaffner usw., abservieren wird und die anderen auf irgendwelchen Schleichwegen in den Kommandostellen der Wirtschaft einsetzen wird. Darum habe ich mir zur Aufgabe gestellt, entschlossen und eindeutig in der Zone, für die ich zuständig bin, die Reinigung so durchzuführen, daß man bei der Reinigung der Ministerien beginnt. Erst dann werden wir vielleicht die Möglichkeit haben, daß es besser wird. Aber seht, es ist etwas Erschütterndes, wir haben vielleicht die Reinigung dann vollzogen und fragen, wo sind die Leute, die wir nun die Stelle setzen derer, die wir hinausgeworfen haben? Es ist schon so, es gibt so wenige, die die Verantwortung zu tragen bereit sind in dieser Zeit der Entscheidung. Es ist ein weiterer Punkt dafür, warum so wenig bei den Kommunisten sind. Die Frau sagt zum Mann: „Mein lieber Mann, Du kannst alles tun und überall hingehen, nur nicht zu den Kommunisten. Man weiß nie, wie das nochmals andersherum kommt, und dann bist Du bei den Kommunisten. Du siehst ja, wie es jetzt den Parteigenossen geht und dann geht es Dir so und Du fliegst überall raus. Am besten gehst Du zur CDU, dort

kann Dir nichts passieren.“

Ich wende mich jetzt an die Frauen! Die Frauen, die eigentlich in der Mehrzahl im politischen Leben sind. Sie sind es in erster Linie, die der CDU zu dem gewaltigen Wahlerfolg verholfen haben, den sie selbst nicht erhofft haben. Sie sind selbst überrascht von ihrem Erfolg. Sie wissen gar nicht, was sie anfangen sollen. Sie reden von christlichen Maßstäben, Aber sie sagen nicht, wie's gemacht werden soll. Ich will es Euch sagen. Ich werde es Euch erzählen. Ihr wißt ja, daß ich Pfarrer war, und dort hinten liegen die Trümmer der Kirche, von deren Kanzel ich aus Überzeugung gepredigt habe für den Frieden und die sozialistische Gemeinschaft.

Die anderen, die dem Nationalsozialismus zur Macht verhalfen, jetzt kommen sie wieder und Ihr seht, daß die gleichen Leute von damals, die mich bekämpften, sich zusammenfinden und reden davon, daß nur das Christentum Deutschland erretten könne.

Ich habe mich, seitdem ich nicht mehr gepredigt habe, nicht im Geringsten verändert. Ich könnte heute wieder auf die Kanzel steigen und predigen, weil mein Herz und meine Seele davon überzeugt sind, daß ein wahrer Christenmensch mitten unter den Armen kämpfen muß für ihre Freiheit. Wie oft habe ich gepredigt und gesagt: Ihr betet „Unser Vater“. Wißt Ihr denn, was Ihr damit aussprecht? Wißt Ihr, daß Ihr damit sagt, daß alle Menschen zusammengehören wie die Kinder eines einzigen Vaters, und wißt Ihr, daß Ihr solange vor Eurem Gewissen angeklagt seid, als die eigenen Brüder in Elend und Jammer zu Grunde gehen und die anderen nicht wissen, was sie für den anderen zu tun haben? Wißt Ihr nicht, daß Ihr in Eurem Gewissen angeklagt seid, wenn Ihr etwas tut, um den Krieg möglich zu machen, der Eure Frauen zu Witwen und Eure Söhne tot machen wird?

1930 hielt ich eine Predigt, in der ich davor warnte, daß der Krieg kommen werde, daß die Menschen, die dem Nationalsozialismus helfen und die Frauen und Kinder, die sich 1918 schworen, daß sie nie ihre Kinder erziehen würden zu neuem Krieg, daß sie schon wieder dem Rattenfänger nachliefen, der sie in den neuen Krieg führen würde. Wenn Ihr wollt, daß die Kinder, die Ihr geboren habt, nicht hinausziehen müssen in den Krieg, dann

sorgt dafür, daß der Sozialismus kommt, denn solange es Kapitalisten gibt und bürgerliche Ordnungen, wird es Kriege geben und immer wieder Kriege. Es war umsonst. Keiner hat darauf gehört. Nun kommen die gleichen Leute und reden davon, daß durch die christliche Haltung und Gläubigkeit ein neues Deutschland aufgebaut werden kann. Wozu verpflichtet die Einstellung der Christen? Nicht zu einer Partei, die das Bürgertum haben will, sondern diese christliche Haltung verpflichtet dazu, daß man sich mit dem kämpfenden Proletariat einsetzt für die Befreiung seiner Brüder und Schwestern, die leiden. Darum nicht neue Parteien, Ihr evangelischen und katholischen Frauen, sondern Einordnung in den Kampf des Proletariats in den gegebenen politischen Parteien der SPD und KPD bis einmal – und hoffentlich bald – die Einheitspartei da sein wird. Dann wird es einfacher sein. Ihr Frauen, an Euch wende ich mich nochmals. Seht, wenn Ihr wirklich wollt, daß Eure Toten nicht umsonst von Euch gegangen sind, dann sorgt dafür, daß im Andenken an sie eine neue Ordnung geschaffen wird und die jungen Mütter sicher sein werden, daß kein Krieg mehr kommen wird. Wo sind die vielen Millionen Toten? Irgendwo habt Ihr sie verloren, in Norwegen, in Rußland, in der Wüste, irgendwo sind sie ertrunken im Weltmeer, und heute ist Eure Seele leer, Euer Herz ist traurig und Ihr müßt manchmal sagen: „Es hat keinen Sinn mehr, daß ich lebe. Meine Kinder sind fort, was soll ich noch auf der Welt?“ Die junge Frau, die ihren Mann verloren hat, und die ledigen, die jetzt heranwachsen, Ihr dürft Euch nicht von oberflächlichen Dingen im politischen Leben leiten lassen. Wenn Ihr einen neuen Krieg vermeiden wollt, müßt Ihr mit uns kämpfen! Lernt aus der Vergangenheit! Die Jugend, die Frauen und diejenigen unter Euch, die überhaupt noch nicht wissen, wohin sie politisch gehören, weil sie sich noch nicht darum gekümmert haben, in einer solchen Zeit darf man sich nicht aus dem politischen Leben heraushalten. Man darf nicht sagen: „Ich gehe in keine Partei und mache nirgends mehr mit, und wenn ich wähle, wähle ich eine unpolitische Liste.“

Es kommt auf jeden unter Euch an, und es ist sicher, daß hier in Mannheim, in einer Stadt mit einer solchen Tradition es eine Schande ist, wenn am Sonntag nicht eine Arbeitermehrheit durch das Rathaus mit ihren Vertretern einzieht. Es ist eine Schande, sage ich, weil das, was ich vorhin andeutungsweise von 1912 bis zur Gegenwart anzudeuten versuchte, zeigt, wie notwendig es ist, daß Ihr diesen Zusammenschluß bildet. Was wir wollen,

wißt Ihr jetzt, daß eine Gesellschaft und eine Gesellschaftsordnung komme, in der die sinnvolle Gestaltung des Lebens für alle ist. Wir wollen eine Ordnung, in der Gemeinschaft in unserem Volke sei.

Tausende, Zehntausende sind für diese Idee im Kampf gegen den Nationalsozialismus gestorben. In dieser Stunde, in der ich zum ersten Mal wieder spreche zu Euch, denke ich an meine Freunde, die nicht mehr unter uns sind, denke ich an meinen Freund Jakob Faulhaber, der mit mir damals auf dem Podium saß im Nibelungensaal und den sie in Stuttgart hingerichtet haben mit 14 anderen treuen Kameraden und Freunden.

Manchmal mag in Euch, wenn Ihr an diese furchtbaren Dinge denkt, ein Haß hochsteigen, manchmal mögt Ihr bedauern, daß wir Besatzungsbehörden haben und daß nicht Vergeltung, Rache und Gericht abgehalten werden konnte gegen die Verbrecher, die unser Volk in diesen Jammer geführt haben. Vielleicht ist auch darin ein Sinn. Vielleicht liegt darin der tiefe Sinn, daß wir nicht Vergeltung und Rache üben sollen an denen, die schuld sind an der grauenhaften Wirklichkeit, die uns jetzt umgibt, sondern daß wir die Schuldigen ausschalten, die Verbrecher, die durch das Gericht der Alliierten erfaßt werden, ausschalten aus der Zukunft unseres Volkes. Nicht alle, die wir angreifen und zu erfassen und zu vernichten versuchen, haben geahnt, in welche Zukunft sie geführt werden. Wir müssen mit neuen geistigen und sittlichen Maßstäben die Zukunft bauen. Wir müssen davon Zeugnis ablegen, daß in Deutschland eine stärkere geistige und moralische Kraft lebt als in denen, die unsere besten Genossen erschossen und erhängt haben, verhungern ließen und einsperrten. Wir wollen eine neue geistige Haltung, aus der die zukünftige Gemeinschaft aller, die guten Willens sind, einmal eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Als ich im Zuchthaus saß jahrelang in den engen Zellen, in den ersten Zeiten wie lebendig begraben, nichts hörte man als manchmal das Rasseln der Schlüssel der Wärter, die hereinkamen und das Aufschreien eines Gequälten in der Nacht der Vernehmungen, wenn ich dann manchmal in der engen Zelle saß, kam es über mich, als ob alles aus wäre. Ist das möglich, daß das alles Unsinn war, was wir wollten. Ist das möglich, daß die ganze Geschichte der Menschheit ihren Sinn verloren haben sollte? Ist es möglich,

daß solche grauenhafte Zustände geduldet werden und siegen werden? Es war dann so, daß diese Zellenwände sich weiteten zu den großen Massenversammlungen und ich Euch vor mir sah, Tausende Kopf an Kopf voller Sehnsucht erfüllt für die Zukunft und einem besseren Menschendasein und Gerechtigkeit und Frieden und Freiheit. Dann kam es in meine Seele wie eine unerschütterliche Gewißheit, wenn anders das Leben einen Sinn haben soll, dann muß der Tag kommen, an dem dieser Wahnsinn ein Ende hat. Dann muß der Tag kommen, an dem wir wieder zu den Massen sprechen können und ihnen neue Hoffnung zu geben vermögen. Wenn dieser grauenhafte Abschnitt der Geschichte hinter uns liegt und wenn Menschen aus unseren Reihen abgeführt wurden und wir wußten, im Hofe des Zuchthauses mußte einer sein Leben verlieren.

Da kam mein Schwur, daß diese Opfer nicht umsonst sein dürfen und wenn ich wieder herauskomme, dann will ich Tag und Nacht kämpfen dafür, um die Seelen der Menschen bereit zu machen für den Kampf um eine neue Ordnung, in der es keine Unterdrückung der Arbeiter gibt, keine Ausbeutung der Menschen für andere Menschen. Keine Unterdrückung der Freiheit und keine Bereitschaft der Herzen zum Krieg. Und damals habe ich mir geschworen: Und wenn Du nur noch ein paar Jahre leben solltest, Deine Kraft gehört der Befreiung des Proletariats.

Ich wünschte mir nichts mehr, als daß die, die die Verantwortung tragen für Christentum und Kirche und Religion, daß sie diese vergangene Zeit bewußt erlebt hätten. Daß sie jetzt umkehren würden. Noch ist es dazu Zeit für die evangelische Kirche, die mich von meinem Amte verjagte, weil ich den Nationalsozialismus bekämpfte, die mir verbot, Versammlungen abzuhalten, daß die Kirche, die dann in der Nazizeit den jungen Vikaren den Rat gab, sie sollen in die SA eintreten, um nicht die Verbindung mit dem Volk zu verlieren. Noch ist es Zeit, daß die Kirche, die die Pfarrer mit dem deutschen Gruß offiziell zu grüßen hieß, daß diese Kirche umkehrt und Buße tut. Wenn sie nicht alles tut, um das Rechte zu einem anständigen, menschenwürdigen Leben aus dem Geist des Christentums für die werktätige Masse zu finden, wenn sie nicht den Kapitalismus anklagt als eine Ordnung, die Leben und Seele der Menschen vernichtet, und nicht den Frieden der Welt sichert, dann wird sie untergehen und zerstört werden, wie die Kirchengebäude zerstört und zertrümmert am Boden liegen. Ich werde aus diesem

Geist heraus, aus dem Geist der Verantwortung vor alten sittlichen Maßstäben, all die, die mit uns kämpfen, auch aus den Kreisen dieser Kirche, begrüßen und mit einzugliedern versuchen in unseren Pakt. Wenn Ihr jemand wißt, holt ihn zu Euch. Es ist Zeit, daß wir auch die anderen Schichten erfassen, die zu uns stehen, und bald wird es soweit sein, daß wir die Verantwortung übernehmen müssen für den Neuaufbau der Gesellschaft.

Wenn Ihr überhaupt Euer christliches Gewissen ruhig haben wollt, dann gebt Ihr am Sonntag nicht der CDU Eure Stimme, sondern stimmt für den Kampf um die Befreiung der werktätigen Masse, dann habt Ihr zu wählen für die werktätige Front.

Geht ans Werk! Verzagt nicht! Wir Kommunisten haben keinen Tag verzagt in Gefängnissen und Zuchthäusern nicht. Ich habe Briefe, die ich einmal veröffentlichen werde. Unsere Genossen haben nicht verzagt auf dem Wege zum Schafott. Wir verzagen nicht, wir wissen, daß wir es schaffen werden, wenn wir zusammenhalten und, Genossen von der SPD, wenn Ihr einmal zu uns kommt und wir zu Euch.

Wir wollen ja doch gar nichts als diese Einheit des kämpfenden Proletariats. Ihr könnt ja meinetwegen den ganzen Parteiapparat selber haben. Es ist uns Wurst, ob der erste Vorsitzende Trumpfheller oder Sommer heißt. Das ist uns vollständig egal. Uns kommt es darauf an, daß die Masse des werktätigen Volkes zusammengeschweißt das Fundament der neuen Demokratie darstellt, und dann werden wir innerhalb dieser Partei wählen und dann werden die, die das Vertrauen aller haben, die Partei führen. Und es wird sich folgendes herausstellen: So mancher, der heute zu der KPD gehört, der wird bald merken, daß er so viel Überkommenes und Verkehrtes aus der Vergangenheit noch mit sich herumträgt, daß er ungefähr noch auf dem rechten Flügel herumschwebt, und mancher der SPD, daß er zu den entschlossensten Kämpfern und Trägern der Partei gehört, und man wird bald nicht mehr wissen, woher der eine kam, ob SPD oder KPD. Es wird eine Einheit sein für den Sozialismus, die Freiheit und den Frieden.

Vergeßt nicht, die Einheit zu schaffen! Hofft nicht auf das Ausland! Hofft auf die Kraft, die in Euch selbst ist. Das Ausland wird uns erst dann

helfen, wenn es merkt, daß wir uns aus eigener Kraft entschlossen haben aufzubauen. Kriecht nicht vor den Besatzungsbehörden! Seid stolz und aufrecht auch in der Not und auch im Zusammenbruch soweit Ihr aufrecht stehen könnt und ein reines Gewissen habt. Vergeßt mich nicht! Mein Herz ist bei Euch. Kämpft, damit wir siegen! Vorwärts zur Einheit! Vorwärts zur neuen Demokratie! Zum Sozialismus! Vorwärts in den Zukunftsstaat, der getragen wird von den breiten Massen des werktätigen Volkes! Genossen ans Werk! Arbeiter kämpft, damit Ihr siegt! Auf wieder sehen!

In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert. Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 267-278.

Über den Autor

Friedrich-Martin Balzer wurde 1940 als Kind eines protestantischen Pfarrers geboren. Nach dem Abitur 1960 am Märkischen Gymnasium in Iserlohn begann er ein Studium der Germanistik, Anglistik und Politik und beendete es mit dem zweiten Staatsexamen 1969 in Marburg. Dort arbeitete er von 1968 bis 1997 als Lehrer.

1966 begann er mit den Vorarbeiten zu seiner politikwissenschaftlichen Promotion: „Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten“. Die Studie erschien 1973 als Buch. Als Student arbeitete er im Clausthaler Wingolf, der Humanistischen Studentenunion (HSU), im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und in der Marburger „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“. Er engagierte sich gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die sog. "Berufsverbote" und die Raketenstationierung. Er war Gründungsmitglied und Sprecher der Friedensinitiative Marburger Forum von 1981-1994 und Mitglied des Krefelder Kreises im Rahmen der "Krefelder Initiative". Er arbeitet heute im Vorstand des Marburger Forums.
Balzer veröffentlichte zu verschiedenen linken Intellektuellen des 20. Jahrhunderts z. B. Wolfgang Abendroth, Heinz Düx, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Klaus Fuchs, Kurt Goldstein, Eric Hobsbawm, Hans Heinz Holz, Heinz Kappes, Karl Kleinschmidt, Hanfried Müller, Helmut Ridder, Wolfgang Ruge und Gert Wendelborn.

Homepage: http://friedrich-martin-balzer.de